

# Lettera ai clienti

per i rapporti giuridici italo-tedeschi

## Mandantenbrief

für den deutsch-italienischen Rechtsverkehr

2·18

60325 Frankfurt am Main · Arndtstraße 34-36  
Telefon 069 - 92 07 15-0 · Telefax 069 - 28 98 59  
email: info@dolce.de · www.dolcelauda.com



Welcher Gesetzgeber ist der bessere, der italienische oder der deutsche? Und wer soll das beurteilen? Die Verfassungsgerichte! Und die erteilen schlechte Noten. Das neue italienische Kündigungsschutzrecht ist nach Auffassung des italienischen Verfassungsgericht unzulässig (Seite 2,3), nach Auffassung des deutschen Verfassungsgericht ist die bisherige Befristungspraxis mit ehemaligen Arbeitgebern unzulässig (S.12,13). Also trösten wir uns: Irren ist menschlich.

*Quale legislatore è il migliore, l'italiano o il tedesco? E chi può giudicarlo? Le corti costituzionali! E danno brutti voti. Secondo la Corte costituzionale italiana, la nuova legge italiana sulla tutela contro il licenziamento è inammissibile (pp. 2,3); secondo la Corte costituzionale tedesca, la precedente prassi in merito ai contratti a tempo di determinato con gli ex datori di lavoro è inammissibile (pp. 12,13). Così ci consoliamo: Errare è umano.*

### Aus dem Inhalt - Dall'interno

Alkoholresistenz bei Workshops, Italienisches Kündigungsschutzrecht verfassungswidrig <i>Resistenza all'alcool, incostituzionali le tutele crescenti</i>	2 3
Bonusregelungen bei Vorstandsbeschlüssen, 70 Jahre italienische Verfassung <i>Bonus per membri del cda e delibere, 70 anni Costituzione Italiana</i>	4 5
Freies Bauen in Italien, Italienische Selbstanzeige <i>Edilizia libera, Voluntary disclosure</i>	6 7
Geld für junge Anwälte, Sture Richter <i>Finanziamenti per giovani avvocati, giudici testardi</i>	8 9
VW Diesel und kein Ende, Datenschutz und Klingelschild <i>VW Diesel senza fine, privacy e campanello di casa</i>	10 11
Ausgleichsanspruch auch während der Probezeit <i>Indennità di fine rapporto anche in tempo di prova</i>	12 13
Unbefugte Verwendung von Fotos auf Website <i>Abuso di fotografie scaricate su siti web</i>	14 15
Aussetzung der Erbschaft bei häuslicher Gewalt/ EuGH: anonyme Urteile <i>Sospensione della successione in casi di crimini domestici/CdG: sentenze anonime</i>	16 17
Wiederherstellung der Gerechtigkeit <i>Ripristino della giustizia</i>	18 19



## NEUES AUS DEUTSCHLAND

### Onlineverfahren für kleine Streitwerte

Der durchschnittliche deutsche Geschädigte bemüht erst ab einem Schaden von 1.950 Euro das Gericht, bei kleineren Streitwerten verzichtet er darauf. Der Hamburger Senator Till Steffen verweist in einem Interview mit dem Hamburger Abendblatt u.a. darauf, dass die Zahl der erledigten Zivilklagen mit

einem Streitwert unter 2.000 Euro bei den Amtsgerichten seit 2004 um 30,6 Prozent gesunken sei. Damit der Verbraucher in Zukunft nicht auf sein Recht verzichten müsse, schlägt Steffen ein beschleunigtes Online-Verfahren für kleine Streitwerte vor, das der Verbraucher von der Couch aus zuhause führen kann. Hierzu müsste zunächst die ZPO geändert werden.

## DEUTSCHE BESONDERHEITEN

### Kein Wortprotokoll

Deutschland ist in den Augen vieler Italiener (aber auch für den Rest der Welt) ein High-Tech-Land. Dass die Erwartungen nicht immer erfüllt werden können, haben insbesondere deutsche Rechtsanwälte an der mühsamen Einführung einer zertifizierten Mail für den Gerichtsverkehr festgestellt, die jetzt hoffentlich nach mehreren Anläufen funktionieren wird. Eine weitere Überraschung trifft ausländische Rechtsanwälte, wenn sie einer Zeugeneinvernahme in einem deutschen Prozess beiwohnen. Der Zeuge wird befragt, er antwortet. Es folgen Rückfragen und weitere Antworten; erst nach einem längeren Austausch fasst dann der Richter in eigenen Worten die Aussage des Zeugen für das Protokoll auf einem Diktier-

gerät zusammen. Am Ende der Beweisaufnahme erhält der Zeuge die Zusammenfassung des Richters vorgespielt mit der Frage, ob das so richtig sei. Kaum ein Zeuge bestreitet dies.

Die Parteien haben damit bei der Bewertung der Zeugenaussage keine Chance, sich mit dem Originalton des Zeugen auseinanderzusetzen, ihn auf Glaubhaftigkeit zu prüfen und auf eventuelle Widersprüche zu verweisen. Das Protokoll gibt immer einen in Richtersprache gefilterten Extrakt der Aussage wieder. Bestrebungen, der Wahrheitsfindung nachzuhelfen und ein Wortprotokoll einzuführen (wie es beispielsweise in vielen anderen Rechtsordnungen und bei Beweisaufnahmen in Schiedsverfahren die Regel ist) haben bislang noch keinen Eingang in das Parlament gefunden.



Arbeiten in Deutschland - Lavorare in Germania

## NEUES AUS ITALIEN

# Breaking news !!!

### Italienisches Kündigungsschutzrecht verfassungswidrig

Das italienische Arbeitsrecht kommt nicht zur Ruhe. Die Reformen der letzten Jahre („Jobs Acts“) führten bei ungerechtfertigten Kündigungen von dem ehemals stets geltenden Wiedereinstellungsanspruch („tutela reale“) zu einem Abfindungsanspruch, dessen Höhe durch das Betriebsalter bestimmt wurde („tutele crescenti“). Jetzt hat das italienische Bundesverfassungsgericht das Dekret der „tutele crescenti“ für verfassungswidrig erklärt (Presseerklärung des Verfassungsgericht vom 26.9.2018: <https://www.cortecostituzionale.it/documenti/comunicatistampa/licenziamento.pdf>). Die starre Anknüpfung an das Betriebsalter würde Artt. 4 und 35 der italienischen Verfassung verletzen. So kann der Verlust eines Arbeitsplatzes für einen jungen Familienvater schwerer wiegen als für einen langjährig Beschäftigten ohne Unterhaltsverpflichtungen.

Die italienischen Kündigungsschutzverfahren wurden auf Antrag der Klägervorteiler landauf landab ausgesetzt: Alle warten auf die Entscheidungsgründe.

## INTERKULTURELLE WIRTSCHAFTS- KOMMUNIKATION

### Alkoholresistenz bei Workshops

Team Building wird in Deutschland oft durch Veranstaltungen gefördert, die der Arbeitgeber organisiert und finanziert und die in Form von Tagungen oder Workshops mit einem geselligen Beieinander enden.

Bei einer derartigen Veranstaltung brach sich eine Arbeitnehmerin auf dem Weg zur Toilette das Bein. Im Krankenhaus stellte man eine Blutalkoholkonzentration von 1,99 ‰ fest.

Die gesetzliche Unfallversicherung (in Deutschland die Berufsgenossenschaft, in Italien die INAIL) sah bei derart betrunkenen Mitarbeitern keinen betrieblichen Zusammenhang mehr und versagte die Anerkennung als Berufsunfall.

Nicht so aber das Sozialgericht Dortmund (Urteil v. 1.2.2018, S 18 U 211/15). Es würde einen Zusammenhang nur bei alkoholbedingtem Verlust des Bewusstseins aberkennen. Solange aber eine „auf die Teilnahme an der betrieblichen Gemeinschaftsveranstaltung gerichtete Handlungstendenz des Versicherten“ zu erkennen sei, müsse dieser versichert bleiben. Immerhin konnte die Arbeitnehmerin ja zielgerichtet die Toilette aufsuchen, Handlungstendenz war also gegeben.

## NEUES VON DOLCE·LAUDA

Jede international tätige Kanzlei erhält eine Vielzahl von Preisen und Auszeichnungen. Man muss nur dafür zahlen, und schon ist man winner des global corporate law contest (w.i.c.l.c.) 2019/2020!

Es erfüllt uns daher mit besonderem Stolz, dass unsere beiden Kolleginnen, Viviana Ramon und Doriana de Luca, eine echte Auszeichnung erhalten haben, die nicht nur nichts gekostet hat, sondern tatsächlich mit einem Preisgeld von 1.000,00 Euro verbunden war.

Ihr Schriftsatz in einer grenzüberschreitenden Familienrechtssache mit „besonderer Bedeutung aus dem Gesichtspunkt des Inhalts und des Ergebnisses“ wurde ausgezeichnet. (<https://www.lessicodirittofidamiglia.com>). Complimentii!!!

## ULTIME DALLA GERMANIA

### Procedure telematiche per piccoli contenziosi

In media, il tedesco danneggiato promuove una causa giudiziaria solamente se il danno ammonta a 1.950 Euro, per importi minori vi rinuncia. Il Senatore di Amburgo Till Steffen in un'intervista al quotidiano Hamburger Abendblatt fa presente tra l'altro, che il numero delle cause civili aventi un valore di

causa inferiore ai 2.000 Euro si sarebbe ridotto dall'anno 2004 del 30,6%. Affinché il consumatore non debba in futuro rinunciare al suo diritto, propone lo stesso Steffen un procedimento rapido online, per i valori di causa minori, che possa essere condotto dal consumatore personalmente dal divano di casa sua. A tal fine dovrà essere modificato il codice di procedura civile.

## PECULIARITÀ TEDESCHE

### Nessuna trascrizione verbale

La Germania è agli occhi di molti italiani (ma anche del resto del mondo) un paese altamente tecnologico. Che le aspettative non possano sempre essere soddisfatte lo hanno constatato in particolare gli avvocati tedeschi con la faticosa introduzione di una posta certificata per le comunicazioni con il tribunale, che ora si spera funzionerà dopo diversi tentativi. C'è anche un'altra sorpresa per gli avvocati stranieri che assistono all'udienza di un testimone in un processo tedesco: il testimone viene interrogato e risponde. Seguono ulteriori domande e nuove risposte; solo dopo un lungo scambio il giudice riassume a parole proprie le dichiarazioni del testimone per il protocollo su un ditafono. Al termine dell'assunzione delle prove, il

testimone può riascoltare il riassunto della testimonianza dettato dal giudice, accertandone la correttezza del contenuto. Difficilmente un testimone lo contesta.

Nella fase di valutazione della testimonianza, le parti non hanno quindi alcuna possibilità di confrontarsi con il tono originale del testimone, di verificarne l'attendibilità e di sottolineare possibili contraddizioni. Il verbale fornisce sempre un riassunto della dichiarazione filtrato dalla lingua del giudice. L'intento di aiutare la ricerca della verità e introdurre una trascrizione letterale della testimonianza (come è di regola ad esempio in molti altri ordinamenti giuridici e negli arbitrati) non è stato per il momento accolto dal Parlamento tedesco.

## Break the Break

Das italienische Verfassungsgesetz hat seine Entscheidungsgründe zum Kündigungsschutz (siehe „breaking news“ auf der linken Seite) nach. Redaktionsschluss veröffentlicht – sie sind unter <https://blog.dolce.de/einsehbar>.

La Corte Costituzionale ha pubblicato le motivazioni della decisione sulla tutela dal licenziamento (dopo la chiusura dei nostri lavori, vedi „breaking news“ sotto). Sono reperibili sul nostro blog <https://blog.dolce.de>

## ULTIME DALL'ITALIA

## Breaking news !!!

### Incostituzionale il diritto italiano sulla tutela dal licenziamento

Il settore del diritto del lavoro italiano non si dà pace. Le riforme degli ultimi anni („Jobs Acts“) hanno introdotto al posto dell'originario diritto di reintegrazione („tutela reale“), un sistema di indennità di risarcimento per i licenziamenti ingiustificati. Il relativo importo si basa sull'anzianità di servizio („tutele crescenti“). Ora la Corte Costituzionale italiana ha dichiarato incostituzionale il decreto sulle „tutele crescenti“ (dichiarazione stampa della Corte costituzionale del 26/09/2018: <https://www.cortecostituzionale.it/documenti/comunicatistampa/licenziamento.pdf>). Il rigido collegamento con l'anzianità di servizio infrangerebbe infatti gli artt. 4 e 35 della Costituzione italiana. Per cui ad esempio la perdita di un posto di lavoro può pesare di più per un giovane padre di famiglia rispetto ad un dipendente di lunga data senza obblighi di mantenimento.

Le impugnazioni contro i licenziamenti davanti ai tribunali italiani sono state sospese su richiesta dei ricorrenti sparsi per tutto il territorio: tutti aspettano le motivazioni della decisione.

## COMUNICAZIONE AZIENDALE INTERCULTURALE

### Resistenza all'alcool durante i workshop

In Germania il teambuilding viene spesso incentivato attraverso eventi organizzati e finanziati dal datore di lavoro sotto forma di conferenze o workshop, che si concludono con un incontro conviviale.

In occasione di un tale evento una dipendente si è rotta una caviglia mentre si recava al bagno. In ospedale le veniva riscontrata una concentrazione di alcol nel sangue pari a 1,99 ‰.

L'assicurazione obbligatoria contro gli infortuni (in Germania la Berufsgenossenschaft, in Italia l'INAIL) non era disposta a riconoscere, in considerazione dell'alto tasso alcolico riscontrato, l'infortunio sul lavoro, ritenendo inesistente il legame tra infortunio e lavoro.

Il Tribunale di Dortmund (sentenza del 1.2.2018, pag. 18 U 211/15) è stato di diverso avviso ed ha escluso il legame solo in caso di perdita di coscienza dovuta all'alcool. Infatti, finché „la persona assicurata è ancora in grado di seguire e partecipare all'evento della società aziendale“, essa rimane assicurata. Dopo tutto, la dipendente è stata in grado di trovare il bagno, confermando così una sua partecipazione all'evento.

## ULTIME DA DOLCE·LAUDA

Ogni studio legale attivo a livello internazionale ottiene una moltitudine di premi e riconoscimenti. Basta solo pagare e si viene proclamati winner del global corporate law contest (w.g.c.l.c.) 2019/2020!

Siamo quindi particolarmente orgogliosi che due nostre colleghe, Viviana Ramon e Doriana de Luca, abbiano ricevuto un premio vero e proprio, che non solo non è costato nulla, ma è stato associato ad un premio in denaro di 1.000,00 Euro.

Il loro scritto verte su una controversia di diritto di famiglia transfrontaliero ed è stato premiato per „la particolare importanza dal punto di vista del contenuto e dell'esito“. Complimenti!!



## GESELLSCHAFTSRECHT

### Gesellschafterbeschlüsse auch bei Universalversammlungen unwirksam

Nach deutschem Recht dürfen Gesellschafterversammlungen grundsätzlich nur dann Beschlüsse fassen, wenn entweder die Ladungsvorschriften beachtet wurden oder wenn alle Gesellschafter anwesend sind (§ 51 Abs. 3 GmbHG). Vereinzelt stellt sich für den Minderheitsgesellschafter, der bei einer spontan einberufenen Gesellschafterversammlung Beschlüsse vermeiden möchte, die Frage, ob er nicht einfach verschwindet.

In einem vom OLG Koblenz (6 U 442/17, Urteil vom 1.2.2018) entschiedenen Fall, hat der widerspenstige Gesellschafter die fehlende Ladung gerügt, ist aber bei der Versammlung geblieben. Das OLG hat entschieden, dass er durch die fortdauernde Anwesenheit sein Anfechtungsrecht nicht verloren habe. Ungeachtet dessen, das dann alle Gesellschafter abgestimmt haben, wurden die Beschlüsse für unwirksam erklärt. Minderheitsgesellschafter müssen daher in Zukunft nicht die Flucht ergreifen, wenn plötzlich die Mehrheit mit einer Gesellschafterversammlung droht.

### Geschäftsführer als sozialversicherungsrechtlicher Beschäftigter

Für jeden Geschäftsführer, der nicht mindestens 50 % des Stammkapitals hält, sind Sozialversicherungsbeiträge zu leisten. Eine Ausnahme gilt nur dann, wenn sich aus der Satzung das Recht des Geschäftsführers mit Minderheitsbeteiligung ergibt, die Geschicke der Gesellschaft zu bestimmen, beispielsweise mit einer Sperrminorität. Wie das Bundessozialgericht (Urteil vom 14.03.2018, B 12 KR

13/17 R) jetzt entschieden hat, gilt auch im Falle von Gesellschaftsabreden, mit denen der Geschäftsführer Einfluss auf die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung nehmen kann, nichts anderes. Wenn sich seine besonderen Rechte nicht unmittelbar aus der Satzung ergeben, bleibt er sozialversicherungspflichtig.

### Bonusregelungen bei Vorstandsmitgliedern unterliegen der AGB-Kontrolle

In Deutschland unterliegen Arbeitsverträge der sogenannten AGB-Kontrolle, d.h. wenn die Klauseln nicht individual ausgehandelt werden, dürfen sie beispielsweise nicht überraschend und unausgewogen sein. Ein Vorstandsvertrag enthielt die Klausel, dass die Gesellschaft dem Vorstand „nach billigem Ermessen und im Einklang mit geltendem Recht“ einen Bonus gewähren „kann“. Der zuständige Aufsichtsrat der Gesellschaft fällte für das Jahr 2011 überhaupt keine Entscheidung über den Bonus des Vorstands. Das OLG Frankfurt am Main (Urteil v. 18.04.2018, 4 U 120/17) gab der Klage des Vorstandes auf Zahlung eines Bonus statt; die Klausel sei als allgemeine Geschäftsbedingung zu werten und benachteilige den Kläger unangemessen. Im Ergebnis sei die Klausel unwirksam (§ 307 Abs. 1 Zif.1 BGB).

### Geschäftsführer und Vorstände sind für Zahlungen nach Insolvenz nicht versichert

Gesellschafter können für ihre Organe sogenannte D&O-Versicherungen abschließen, die die Organe in der Regel von Haftungsansprüchen aus fahrlässigen Amtspflichtverletzungen freistellen.

Wie das OLG Düsseldorf (Urteil v. 20.07.2018, I-4 U 93/16) festgestellt hat, gilt dies nicht für Schadensersatzansprüche gegen den Geschäftsführer, die aus Zahlungen, die der Geschäftsführer nach Insolvenzzureife der Gesellschaft vornimmt, entstehen. Nach deutschem Recht hat der Geschäftsführer bei Zahlungsunfähigkeit, Überschuldung oder drohender Überschuldung die Pflicht, selbst die Insolvenz der von ihm geführten Gesellschaft zu beantragen. Unterlässt er dies und bedient er weiter aus den Konten der Gesellschaft Forderungen der Gläubiger, kann der Insolvenzverwalter die Rückzahlung dieser Beträge vom Geschäftsführer zurückverlangen. Die D&O-Versicherung kann dann auch nicht mehr helfen.

### Anfechtbarkeit von Gesellschafterbeschlüssen in einer italienischen Gesellschaft

Nach Art. 2377 Abs. 2 Codice Civile steht den „amministratori“ das Recht zu, fehlerhafte Gesellschafterbeschlüsse anzufechten. Bislang war ungeklärt, ob dieses Recht dem einzelnen Mitglied des Verwaltungsrates oder nur dem Verwaltungsrat als Ganzes zusteht. Nach einer Entscheidung des Landgerichts Rom (26.1.2018, RG 74631 2015) ist nur der Verwaltungsrat als Ganzes zur Anfechtung berechtigt, es sei denn, dass der Beschluss ausschließlich die Rechte eines betroffenen Verwaltungsratsmitglied tangiert. Im entschiedenen Fall hatte die Gesellschaft beschlossen, sämtliche Ernennungen der Verwaltungsratsmitglieder zu widerrufen; eine besondere Aktivlegitimation des einzelnen Verwaltungsratsmitglieds war daher zu verneinen.

## DOLCE · LAUDA ON THE ROAD

### Dolce Lauda in Köln: Siebzig Jahre italienische Verfassung

Dolce Lauda hat die lobenswerte Initiative zur Feier des siebenjährigen Bestehens der italienischen Verfassung unterstützt, die am 12. November 2018 in den Räumlichkeiten der Universität Köln vom örtlichen Verein D.I.R.eV (deutsch-italienische Rechtswissenschaftler) organisiert wurde, der kürzlich von Studenten des binationalen Studienganges Rechtswissenschaften der Universitäten Köln und Florenz gegründet wurde.

Nach einer knappen, aber präzisen Einführung mit vergleichenden Notizen zu den historischen Vorgängerverfassungen in Deutschland (Paulskirchenverfassung 1848, Weimarer Verfassung 1919) und in Italien (Statuto Albertino 1848) durch den Dekan der Universität Köln, Prof. Preis, und einer Darstellung der Besonderheiten des binationalen Studienganges durch Prof. Coelln, hat Prof. Pierluigi G Ferraro, Univ. Florenz, in einem sehr klaren Exkurs Strenge, Krisen und Änderungen der Verfassung seit den 50er Jahren bis heute vorgestellt; er skizzierte Fortschritte und Entwicklungen bei den Auswirkungen auf die Verfassungspraxis und den Veränderungen im Wahlrecht sowie im poli-

tischen und staatlichen Handeln, die die sieben Jahre der Verfassungscharta geprägt haben.

Prof. Chiara Favilli bot den Anwesenden eine klare und leidenschaftliche Darstellung des in Art. 10 Abs. 3 der Verfassung verankerten Asylrechts und seines Verhältnisses zum EU-Recht an, wobei sie die historischen Gründe und die Ratio der Norm, ihre Anwendung im Laufe der Jahre, das Verhältnis zur Genfer Flüchtlingskonvention 1951, die Anwendung durch italienische Richter unter dem Verfassungsgebot bis hin zur von der EU im Jahre 1999 erworbenen Zuständigkeit, die Bedeutung des humanitären Schutzes nach dem T.U. 286/1998 Art. 5 Co. VI, bis zum jüngsten decreto sicurezza von 2018, der als Einschränkung des verfassungsrechtlich garantierten Asylrechts angesehen werden kann, ausführte. AC

### Internationaler Kammertag der Rechtsanwaltskammer Frankfurt

Am 2.11.2018 veranstaltete die Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main den alljährlichen internationalen Kammertag, bei dem viele Kollegen aus der ganzen Welt zu Gast waren. Die Rechtsanwältinnen Mariela Bacci und Rodolfo Dolce haben bei einem Work-

shop mitgewirkt, der sich mit den berufsrechtlichen Grundlagen der Korrespondenz im Anwaltsalltag im EU-Vergleich beschäftigte. Ein Konflikt ist dort programmiert, wo beispielsweise der italienische Rechtsanwalt den deutschen Rechtsanwalt mit der Bitte um Vertraulichkeit anspricht. Der deutsche Kollege kann dieser Bitte, soweit es den eigenen Mandanten betrifft, berufsrechtlich nicht nachkommen; denn er muss immer jede wesentliche Information den Mandanten offen legen. Dies kann der italienische Kollege hingegen nicht einhalten, denn er ist an die Vertraulichkeit gegenüber dem anderen Kollegen gebunden.

Am Workshop haben für Schweden Frau Rechtsanwältin Dr. Christina Griebeler und für Spanien Herr Rechtsanwalt Domingo de Prada teilgenommen.

In diesem Zusammenhang wurden die wichtigsten Besonderheiten der deutschen, italienischen, schwedischen und spanischen Ständesrechte rechtsvergleichend vorgestellt. Das internationale Publikum konnte zudem bereichernd an der Diskussion teilnehmen und die Besonderheiten weiterer Länder erläutern.

Man hat sich unverbindlich versprochen, die Ergebnisse des Workshops in den Kammermitteilungen der Rechtsanwaltskammer Frankfurt zu veröffentlichen.



## DIRITTO SOCIETARIO

### Sull'invalidità di delibere approvate in un'assemblea universale dei soci

Ai sensi della legge tedesca in materia di Srl, l'assemblea dei soci può deliberare solo se sono state rispettate le regole di convocazione o se tutti i soci sono presenti (§ 51 comma 3 GmbHG). In casi isolati, il socio di minoranza che vuole evitare le risoluzioni di un'assemblea spontaneamente convocata si trova di fronte alla questione se „scompare” o meno.

In una causa decisa dalla Corte d'Appello di Coblenza (6 U 442/17, sentenza del 1.2.2018), il socio ribelle si è doluto della mancata convocazione e ha denunciato il fatto, ma è rimasto in assemblea. La Corte d'Appello ha deciso che il socio non aveva perso il suo diritto di impugnazione a causa della sua presenza in assemblea. Nonostante tutti i soci avessero poi votato, le delibere sono state dichiarate invalide. In futuro, pertanto, i soci di minoranza non dovranno scappare qualora i soci di maggioranza propongano improvvisamente di tenere un'assemblea.

### Amministratore quale dipendente ai sensi del diritto sociale e previdenziale

Gli amministratori che non detengono almeno il 50 % del capitale sociale devono versare i contributi previdenziali. Un'eccezione si applica solo se lo statuto prevede il diritto dell'amministratore con una partecipazione di minoranza di determinare le sorti dell'impresa, ad esempio con una minoranza di blocco. Tale principio, come deciso dal Tribunale sociale federale con sentenza del 14.03.2018 (B 12 KR 13/17 R), si applica anche nel caso in cui sussistano accordi parasociali con i quali l'amministratore delegato può influenzare le decisioni dell'assemblea dei soci. Se i suoi diritti

particolari non derivano direttamente dallo statuto, egli rimane soggetto agli obblighi contributivi.

### I regolamenti sui bonus per i membri del consiglio di amministrazione sono soggetti al controllo delle condizioni generali di contratto.

In Germania i contratti di lavoro sono soggetti al cosiddetto controllo delle condizioni generali di contratto, ciò significa che se le clausole non sono state negoziate individualmente, in genere non devono essere squilibrate o imprevedibili. Un contratto con un amministratore conteneva una clausola in base alla quale la società „poteva” concedere un bonus all'amministratore „a propria discrezione e in conformità alla legge applicabile”. Il Consiglio di sorveglianza competente della società non ha preso alcuna decisione in merito al bonus per l'anno 2011. La Corte di Appello di Francoforte sul Meno, con sentenza del 18.04.2018 (4 U 120/17), ha accolto il ricorso dell'amministratore per il pagamento di un bonus; la clausola doveva essere considerata come una condizione generale dell'azienda e danneggiava irragionevolmente l'attore. Conseguentemente la clausola è stata dichiarata inefficace.

### Gli amministratori e i membri del consiglio di amministrazione non sono assicurati per pagamenti eseguiti dopo l'insolvenza

Le società possono stipulare le cosiddette polizze assicurative D&O per i loro organi amministrativi, che di norma esonerano tali organi da richieste di risarcimento per responsabilità civile derivante da violazioni colpose degli obblighi connessi alla carica ricoperta. La Corte d'appello di Düsseldorf ha stabilito, con sentenza del 20.07.2018 (I-4 U 93/16), che

ciò non si applica alle richieste di risarcimento danni nei confronti di un amministratore derivante da pagamenti effettuati dallo stesso amministratore dopo che la società sia divenuta insolvente. Ai sensi della legge tedesca, in caso di insolvenza, sovraindebitamento o imminente sovraindebitamento, l'amministratore è tenuto a presentare l'istanza di fallimento della società amministrata. Qualora non vi provveda e continui a pagare alcuni creditori della società, il curatore fallimentare può chiedere il rimborso di tali importi personalmente all'amministratore. Nemmeno l'assicurazione D&O potrà venire in soccorso dell'amministratore.

### Revoca delle deliberazioni degli azionisti di una Spa italiana

Ai sensi dell'art. 2377 comma 2 del codice civile gli amministratori hanno il diritto di impugnare le decisioni degli azionisti non conformi alla legge o allo statuto. Finora non era stato chiarito se, in caso di organo amministrativo collegiale, tale diritto spettasse solamente al consiglio di amministrazione nel suo complesso o anche al singolo membro del consiglio di amministrazione. Secondo una sentenza del Tribunale di Roma del 26.1.2018 (RG 74631 2015), solo il consiglio di amministrazione nel suo complesso è legittimato all'impugnazione della delibera, salvo che la decisione non incida direttamente sui diritti di un singolo membro dell'organo amministrativo. Nel caso di specie non era stata ritenuta sussistente una speciale legittimazione attiva del singolo membro del consiglio di amministrazione, in quanto la deliberazione aveva ad oggetto la revoca di tutti gli amministratori.

## DOLCE · LAUDA ON THE ROAD

### Dolce Lauda a Colonia per i settanta anni della Costituzione Italiana

Dolce Lauda ha sostenuto la lodevole iniziativa celebrativa dei settanta anni della Costituzione Italiana, organizzata il 12 novembre 2018 nei locali dell'Università di Colonia dalla locale associazione D.I.R.eV (deutsch-italienische Rechtswissenschaftler), costituita recentemente da studenti del corso di laurea binazionale in giurisprudenza delle Università di Colonia e Firenze.

Preceduti da una concisa ma puntuale introduzione con cenni comparativi sui precedenti storici costituzionali in Germania (Paulskirchenverfassung 1848, Weimarer Verfassung 1919) e in Italia (Statuto Albertino 1848) del decano dell'Università di Colonia Prof. Preis e da un'illustrazione delle peculiarità del corso universitario binazionale da parte del prof. Coelln, il docente dell'Università di Firenze, prof. Pierluigi G. Ferraro ha esposto in merito alla rigidità, crisi e trasformazioni costituzionali, compiendo un excursus lucidissimo dagli anni '50 ad oggi, tratteggiando i progressi e le involuzioni nell'incidenza della Costituzione e soffermandosi sui tentativi di riforma

formale della Costituzione e sui mutamenti della legge elettorale e dell'azione politica e di governo, che hanno caratterizzato i settanta anni di vita della Carta costituzionale.

La prof. Chiara Favilli ha offerto ai presenti un'esposizione limpida e appassionata del diritto di asilo sancito dall'art. 10 (3) della Costituzione e del suo rapporto con il diritto dell'UE, evidenziando le ragioni storiche e ratio della norma, la sua applicazione negli anni, il rapporto con la Convenzione di Ginevra 1951 sui rifugiati, l'applicazione diretta del dettato costituzionale da parte dei giudici italiani, sino alla competenza acquisita dall'U.E. nel 1999, il significato della protezione umanitaria di cui al T.U. 286/1998 Art. 5 Co. VI, sino al recente decreto sicurezza del 2018 che potrebbe essere considerato limitativo del diritto di asilo costituzionalmente garantito.

### Giornata Internazionale dell'Ordine degli Avvocati di Francoforte

Il 2.11.2018, l'Ordine degli Avvocati di Francoforte sul Meno ha organizzato l'annuale Giornata internazionale dell'Ordine, alla quale erano presenti nume-

rosi colleghi provenienti da tutto il mondo. Gli avvocati Marilena Bacci e Rodolfo Dolce hanno partecipato al workshop dedicato ai diritti e doveri professionali nell'ambito dello scambio di corrispondenza transfrontaliera tra avvocati. Così possono insorgere dei conflitti laddove, ad esempio, l'avvocato italiano scriva all'avvocato tedesco in via riservata. Mentre il collega tedesco non potrà mantenere la riservatezza nei confronti del proprio cliente, posto che egli è tenuto a riferire le informazioni e fornire copia di tutta la corrispondenza all'assistito, l'avvocato italiano sarà per contro legato alla riservatezza nei confronti di tutti.

Al workshop hanno partecipato anche l'avvocato Christina Griebeler per la Svezia e l'avvocato Domingo de Prada per la Spagna. Nel contesto sono state presentate a livello comparativo le peculiarità più importanti dei sistemi deontologici tedesco, italiano, svedese e spagnolo. Anche il pubblico internazionale ha potuto partecipare in modo interattivo alla discussione e illustrare talune caratteristica proprie di altri paesi. I relatori intendono pubblicare le conclusioni del workshop nella Newsletter dell'Ordine degli Avvocati di Francoforte.

## IMMOBILIENSEITE

### Das „Kondhotel“ jetzt auch in Italien: halb Eigentumswohnung und halb Hotel

Das Kondhotel ist bereits in vielen europäischen Ländern verbreitet; es handelt sich um eine neue touristische Einrichtung, die Hotelzimmer mit größeren Apartments kombiniert, die für den Ferientourismus erworben werden können. Die Eigentümer des Hotels können einen Teil der Hotelzimmer verkaufen, um Ressourcen zu gewinnen, die wieder in die Verbesserung der Qualität und Erhöhung der Aufnahmekapazität investiert werden können.

Am 21. März 2011 trat die Verordnung decreto del presidente del Consiglio dei ministri vom 22. Januar 2018 Nr. 13 in Kraft (veröffentlicht in der G.U. am 6. März). Diese Vorschrift kam drei Jahre nach dem Dekret Sblocca Italia, das zunächst die Einrichtung der „Kondhotel“ vorsah. Die Verordnung legt die Bedingungen für den Betrieb der Kondhotels, die Verfahren zur Festlegung des Verwendungszwecks und die Durchführung notwendiger Baumaßnahmen fest.

Um als Kondhotel zu gelten, muss eine Struktur einen maximalen Prozentsatz von 40 Prozent der Nettogeschossfläche vorweisen, der für den Verkauf der Zimmer verwendet werden kann. Die privaten Räume und die Hotelzimmer müssen sich auch den Concierge und andere hoteltypische Dienstleistungen teilen.

Das Kondhotel kann aus mehreren Objekten bestehen, sofern sie nicht mehr als 200 Meter vom Hauptempfangsgebäude entfernt sind.

Mit dem Dekret 13/2018 wird den Regionen - die bis zum 6. März 2019 entsprechende Vorschriften umsetzen müssen - die Zuständigkeit für die Kondhotels als Chance für die Neugestaltung von urban

rückständigen Gebieten übertragen. Die Regionen haben die Aufgabe, die Einrichtung von Kondhotels zu erleichtern und die Beschränkungen für eine abschließliche Hotelnutzung zu beseitigen.

### Freies Bauwerksglossar: Liste der genehmigungsfreien Werke

Für kleine Bauvorhaben, die ohne besondere Genehmigung im privaten oder gewerblichen Bereich durchgeführt werden sollen, gibt es jetzt ein einziges Glossar für das ganze Land. Dies ist in dem sogenannten Vereinfachungserlass geregelt, der im Amtsblatt veröffentlicht wurde.

Die Verordnung des Ministers für Infrastruktur und Verkehr, Graziano Delrio, die im Einvernehmen mit der Ministerin für Vereinfachung und öffentliche Verwaltung, Maria Anna Madia, erlassen wurde, hat ein Verzeichnis der wichtigsten Bauarbeiten eingerichtet, die im Rahmen einer freien Bautätigkeit durchgeführt werden können. Auf diese Weise wurden auch die vielen unterschiedlichen Vorschriften im Zusammenhang mit Genehmigungspflichten gesichtet und geordnet.

Das Dekret führt die Hauptkategorien der Maßnahmen ein, die genehmigungsfrei durchgeführt werden können. Es enthält eine für Bürger, Unternehmen und öffentliche Verwaltungen übersichtliche tabellarische Aufstellung.

Die Liste, bestehend aus 58 Arten von Arbeiten, die in 12 Unterkategorien aufgeteilt sind, steht für Ergänzungen offen und sieht vor, dass beispielsweise keine vorherige Genehmigung mehr für routinemäßige Wartungsarbeiten wie Reparatur, Austausch und Renovierung von Bodenbelägen im Innen-

und Außenbereich, für elektrische Anlagen oder beispielsweise für Arbeiten zur Beseitigung von architektonischen Barrieren und die Installation von Aufzügen und Hebezeugen beantragt werden muss.

Die Vereinfachung des Verfahrens ist mit der Veröffentlichung der Liste in der G.U. (7. April 2018) vollständig in Kraft getreten.

### Finanzierung: Bedingter Kaufvertrag zulässig

Der Kassationshof (Beschluss vom 11. 9. 2018, Nummer 22046/18) hält einen Kaufvertrag, der unter der aufschiebenden Bedingung geschlossen wird, dass der Käufer eine Finanzierung durch eine Bank erhält, für wirksam. Es handele sich um eine sogenannte „gemischte“ Bedingung, da sie sowohl vom Verhalten der Partei wie auch von einem äußeren Umstand abhängen würde.

### Immobilienmissbrauch: Italienisches Verfassungsgericht verwirft das Gesetz von Kampanien

Das italienische Verfassungsgericht hat mit Urteil Nr. 140 vom 5. Juli 2018 die Bestimmungen des Gesetzes der Region Kampanien Nr. 19/2017 über die Erhaltung von aus dem Vermögen der Gemeinde erworbenen Immobilien, die ohne Baugenehmigung errichtet wurden, für verfassungswidrig erklärt. Diese Regeln, erlaubten es den Kommunen, den Abriss der Immobilien zu vermeiden, indem sie diese verpachteten oder veräußerten - auch an diejenigen, die sie rechtswidrig errichtet hatten, ohne dabei dem Grundsatz des Einheitstextes („testo unico“) zu entsprechen: Danach müssen illegal errichtete Immobilien, sobald sie dem Vermögen der Gemeinden zufallen, abgerissen werden. Sie können nur in Ausnahmefällen durch eine von Fall zu Fall durchzuführende Bewertung erhalten werden.

## STEUERRECHT

### Voluntary Disclosure – Selbstanzeige wirksam auch ohne Antrag

Um die Rückführung von Kapital zu fördern, das auf Schweizer und anderen Oasenkonten schlummerte, hatte der italienische Gesetzgeber mit Gesetz 186/2014 eine Form straffreier Selbstanzeige mit pauschalisierter Nachversteuerung eingeführt. Ein Steuerpflichtiger hatte fristgerecht sämtliche Unterlagen zu seinen Ausgangskonten eingereicht, hatte aber schlicht den Antrag nicht miteingereicht, offensichtlich aufgrund eines technischen Defektes. Das italienische Finanzamt gewährte den Schutz der Selbstanzeige nicht. Hiergegen richtete sich aber die erfolgreiche Anfechtung des Antragstellers. Die CTP (commissione tributaria provinciale, in etwa dem Finanzgericht vergleichbar) Reggio Emilia hat mit Urteil 165/01/18 vom 20.08.2018 die Bescheide des Finanzamtes unter Hinweis auf den guten Willen des

Klägers aufgehoben. Sämtliche aussagekräftigen Unterlagen waren fristgerecht eingereicht worden.

### Quellensteuer: Unzulässige Beschränkung der Freistellungs- bzw. Erstattungsansprüche

Nach § 50d Abs. 3 EStG wird ausländischen Kapitalgesellschaften die Erstattung von deutscher Kapitalertragsteuer (Quellensteuer) auf Dividenden erträge versagt, wenn sie nicht die erheblichen Substanzerfordernisse der Regelung erfüllen. Der EuGH hat mit Urteil vom 20.12.2017 (C-504/16 und C-613/16) und mit Beschluss vom 14.06.2018 (C-440/17) entschieden, dass § 50d Abs. 3 EStG sowohl in der alten wie auch in der aktuellen Fassung gegen EU-Recht verstößt. Es sollte daher in Zukunft einfacher werden, eine Freistellung von der Quellensteuer oder die Erstattung der abgeführten Quellensteuer durchzusetzen.



Avv. Martin Cordella, Ihr Ansprechpartner für Vertriebsrecht und Steuerrecht - *Diritto di distribuzione, agenzia e tributario*  
m.cordella@dolce.de

## PAGINA IMMOBILIARE

### I 'Condhotel' ora anche in Italia: metà condomini e metà hotel

I Condhotel (o condo hotel) sono già attivi in molti Paesi europei; si tratta di nuove strutture turistiche che abbinano le camere d'albergo a più ampi appartamenti che si possono acquistare per le vacanze e permette quindi agli albergatori di vendere ai privati parte delle camere dell'hotel ottenendo risorse da reinvestire per accrescere qualità e ricettività.

Dallo scorso 21 marzo è entrato in vigore il decreto del presidente del Consiglio dei ministri 22 gennaio 2018 n. 13 (pubblicato in Gazzetta Ufficiale il 6 marzo). La norma è giunta dopo tre anni dal Decreto Sblocca Italia, che ne prevedeva inizialmente la costituzione. Il decreto fissa la definizione delle condizioni per l'esercizio dei condhotel e delle modalità per definirne la destinazione d'uso, anche in caso di necessari interventi edilizi.

Per essere definito condhotel, una struttura deve avere una percentuale massima da destinare alla vendita del 40 per cento della superficie netta delle camere. I nuovi alloggi e le camere di albergo devono inoltre condividere la portineria e altri servizi di tipo alberghiero.

Il Condhotel può essere costituito da più immobili, a patto che distino massimo 200 metri dall'edificio principale sede della reception.

Il decreto 13/2018 assegna alle Regioni – che dovranno adeguarsi entro il 6 marzo 2019 - il ruolo di investire nei condhotel come opportunità di riqualificazione di zone in degrado urbano e di investimento. Alle Regioni spetta infatti il compito di faci-

litare la costituzione dei condhotel, rimuovendo i vincoli di destinazione esclusivamente alberghiera preesistenti.

### Glossario edilizia libera: pubblicato l'elenco dei lavori senza autorizzazione

Per i piccoli lavori edilizi da realizzare in abitazioni o attività produttive senza particolari autorizzazioni ora c'è un glossario unico per tutto il Paese. È l'effetto del decreto di semplificazione pubblicato in Gazzetta Ufficiale.

Il decreto del Ministro delle Infrastrutture e dei Trasporti, Graziano Delrio, adottato di concerto con il Ministro per la Semplificazione e la Pubblica Amministrazione, Maria Anna Madia, ha messo a punto, infatti, il Glossario delle principali opere edilizie realizzabili in regime di attività edilizia libera. Si è messo ordine, così, nelle molteplici interpretazioni sul suolo italiano della legge esistente che autorizza diversi lavori ad essere realizzati senza permessi, sempre nel rispetto delle leggi in materia.

Il decreto individua le principali categorie di intervento e un elenco non esaustivo delle 58 principali opere che possono essere realizzate in edilizia libera, allegando una tabella di facile utilizzo per cittadini, imprese e pubbliche amministrazioni.

La lista, composta da 58 tipologie di intervento rientranti in 12 categorie di lavori, è aperta a integrazioni e prevede che, ad esempio, non bisognerà più chiedere autorizzazione preventiva per lavori di manutenzione ordinaria come quelli di riparazione, sostituzione e rinnovamento della pavimentazione interna ed esterna, per gli impianti elettrici o ad

esempio per lavori di rimozione delle barriere architettoniche e l'installazione di ascensori e montacarichi.

La semplificazione della procedura è entrata pienamente in vigore, con la pubblicazione dell'elenco in Gazzetta Ufficiale (7 aprile 2018).

### Finanziamento: ammissibile il preliminare di compravendita condizionato

La Corte di Cassazione (sentenza dell'11.9.2018 numero 22046/18) ha ritenuto efficace un contratto preliminare nel quale le parti abbiano subordinato i suoi effetti alla condizione che il promissario acquirente ottenga un mutuo da un istituto bancario. La relativa condizione è qualificabile come „mista”, ovvero rimessa sia alla volontà di una parte, che ad un apporto causale esterno.

### Immobili abusivi: la Consulta boccia la legge campana

La Corte Costituzionale con sentenza 5 luglio 2018, n. 140 ha dichiarato incostituzionali le disposizioni della legge della Regione Campania n. 19/2017, sulla conservazione degli immobili abusivi acquisiti al patrimonio del comune, norme che consentivano ai comuni di non procedere alla demolizione di tali immobili locandoli o alienandoli anche ai responsabili degli abusi, senza attenersi in tal modo al principio cardine del Testo Unico sull'edilizia secondo il quale gli immobili abusivi, una volta entrati nel patrimonio dei comuni, debbono essere demoliti e solo eccezionalmente, attraverso una valutazione da compiersi caso per caso, possono essere conservati.

## DIRITTO TRIBUTARIO

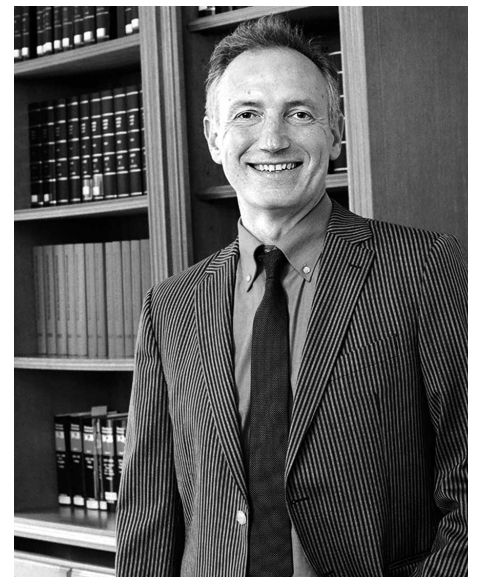
### Voluntary disclosure efficace anche senza trasmissione al fisco

Al fine di promuovere il rimpatrio dei capitali dormienti nei conti svizzeri e in altri conti esteri, il legislatore italiano aveva introdotto nella legge 186/2014 una forma di autodenuncia volontaria con imposizione a regime agevolato ed esclusione di perseguibilità penale. Un contribuente aveva predisposto tutta la documentazione entro il termine prescritto ma, probabilmente per un problema tecnico, era riuscito a trasmettere solo la documentazione di supporto e non la richiesta stessa. L'ufficio delle imposte italiano non ha concesso la tutela prevista dalla voluntary disclosure. Tuttavia, l'impugnazione del ricorrente ha avuto successo, in quanto la Commissione tributaria provinciale di Reggio Emilia, con sentenza 165/01/18 del 20.08.2018, ha annullato la decisione dell'ufficio delle imposte, tenendo conto della

buona fede del contribuente. Tutti i documenti rilevanti erano stati inviati in tempo.

### Ritenuta alla fonte: limitazione illegittima dell'esenzione o delle domande di rimborso

Ai sensi del § 50d EStG (legge tedesca in materia di imposta sui redditi) alle società estere viene rifiutato il rimborso della ritenuta alla fonte tedesca applicata sui dividendi qualora non siano soddisfatti anche ulteriori presupposti di carattere sostanziale. Con la sentenza del 20.12.2017 (C-504/16 e C-613/16) e l'ordinanza del 14.06.2018 (C-440/17), la Corte di Giustizia dell'Unione Europea ha stabilito che la disposizione in questione, sia nella versione in vigore sino al 2011 che in quella attuale, non è compatibile con il diritto comunitario. Sarà pertanto più agevole in futuro ottenere l'esenzione dall'applicazione della ritenuta o ottenere il rimborso della ritenuta applicata.



Dr. Giovanni Gelardi, Ihr Ansprechpartner für Immobilienrecht  
Diritto immobiliare  
g.gelardi@dolce.de



## INFORMATIONEN FÜR KOLLEGEN

### Dolmetscher von Amts wegen

Auch in einem Zivilprozess muss der Richter von Amts wegen einen Dolmetscher hinzuziehen, wenn eine persönlich anwesende Partei sich erklären möchte. Dies hat der BGH am 1.3.2018 (IX ZR 179/17) in einem Verfahren, in dem die bei der Verhandlung persönlich anwesende Klägerin mangels Sprachkenntnissen nichts vortragen konnte, entschieden.

### EU-Töpfe für junge italienische Anwälte

Wie der Sole 24 Ore in seiner Ausgabe vom 24.9.2018 berichtet, nutzen die Regionen Piemont, Apulien und Toskana Mittel des europäischen Sozialfonds, um Fördermittel für junge Anwälte bereitzustellen. In Piemont wird kostenlose Existenzgründungsberatung gewährt, in der Toskana können Mietkosten für den Zeitraum von sechs Monaten bis zu einer Höhe von 3.000 Euro (insgesamt), sowie Reise- und Unterbringungskosten für das sogenannte Co-Working mit Rechtsanwältinnen aus einer anderen Region der EU erstattet bzw. gewährt werden, in Apulien können Anwälte besonders günstige Darlehen für die Einrichtung einer Kanzlei erhalten.

### Honorarvereinbarung gilt

Das Oberlandesgericht Ancona hatte die Honorarforderung eines italienischen Rechtsanwaltes über 149.000 Euro auf die nach der italienischen Gebührenordnung zulässige Höchstgebühr von 59.000 Euro gestutzt. Der Kassationshof hat der Beschwerde des Rechtsanwaltes stattgegeben und bekräftigt, dass ein Honorarvereinbarung auch der sich aus der Gebührenordnung ergebenden Höchstgebühr vorgeht (Kassationshof, 726/2013).

### Sture Richter

Geht ein Gericht bei seiner Entscheidung nicht mit einem einzigen Wort auf den Sachenvortrag einer Partei ein – soweit dieser nicht offensichtlich unerheblich oder unsubstantiiert war –, liegt ein Verstoß gegen den Anspruch auf rechtliches Gehör vor. Der BGH hat mit Beschluss vom 13.3.2018 (VI ZR 281/16) der Revision der nicht angehörten Partei stattgegeben. Der Prozess fängt jetzt von vorne an.

### Vertagung des Rechtsstreits bei Hinweis des Richters – ausreichende Fristen

Wie im Mandantenbrief wiederholt berichtet, zeichnet sich der deutsche Zivilprozess dadurch aus, dass er in der Regel nur mit einer mündlichen Verhandlung auskommt. Ergibt sich in dieser Verhandlung ein neuer Gesichtspunkt und möchte man dazu noch Stellung nehmen, ist das Gericht oft nicht mehr bereit, auf weitere Schriftsätze zu warten und entscheidet sofort nach der Verhandlung. Dieser Praxis steht – wie der BGH jetzt wieder festgestellt hat (Beschluss vom 11.4.2018, VII ZR 177/17) – der § 139 ZPO entgegen, der den Richter verpflichtet, die Parteien auf die wesentlichen Aspekte des Rechtsstreits hinzuweisen. Erteilt der Richter erst in der mündlichen Verhandlung einen solchen Hinweis und kann sich die Partei nicht sofort dazu erklären, ist das Gericht verpflichtet – so der BGH –, die mündliche Verhandlung zu vertagen und der Partei die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben.

Eine weitere anwaltsfreundliche Entscheidung hat der BGH am gleichen Tag (VI ZR 378/17) getroffen: Danach wird der Anspruch auf rechtliches Gehör gleichfalls verletzt, wenn die vor Erlass einer Entscheidung vom Gericht gesetzte Frist zur Äußerung objektiv nicht ausreicht, um innerhalb der Frist eine sachlich fundierte Äußerung zum entscheidungserheblichen Sachverhalt und zur Rechtslage zu erbringen.

### Prozesskostenhilfe für ausländische Parteien

Der BGH (Beschl. v. 03.07.2018 – VIII ZR 229/17) hat eine für die grenzüberschreitende Prozesskostenhilfe bedeutende Entscheidung getroffen: Danach ist § 1078 Abs. 1 Satz 1 ZPO richtlinienkonform so auszulegen, dass eine Prozesspartei, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat der EU hat, einen Antrag auf grenzüberschreitende Prozesskostenhilfe nicht nur bei der zuständigen Übermittlungsbehörde des Mitgliedstaats des Wohnsitzes, sondern auch unmittelbar bei der Empfangsbehörde des Mitgliedstaats des Gerichtsstands stellen kann. Ob das in der Praxis klappt, wird sich erweisen.

### Rechtsanwalt haftet, wenn er nicht aufklärt

Der deutsche Rechtsanwalt haftet dem Mandanten, wenn er diesen nicht auf mögliche Risiken hinweist, auch wenn diese nicht unmittelbar das erteilte Mandat betreffen. Wird der Rechtsanwalt beispielsweise mit der Verteidigung gegen einen Zahlungsanspruch mandatiert und aus dem Rechtsstreit ergibt sich, dass der Mandant einen Dritten in Regress nehmen könnte, muss der Rechtsanwalt den Mandanten auf eine drohende Verjährung der Ansprüche gegen den Dritten hinweisen, auch wenn er mit der Durchsetzung dieser Ansprüche nicht beauftragt wurde. Zwar trägt grundsätzlich der Mandant im Haftungsprozess gegen den Anwalt die Beweislast (BGH NJW 2476/2018); der Anwalt muss aber darlegen, wann und wie er belehrt hat. Es wird daher allen Kollegen empfohlen, den Mandanten die Hinweise per E-Mail zu erteilen.

### Haftung des Staates bei nicht rechtzeitiger Mitteilung der Verlegung einer Gerichtsverhandlung

Welcher Anwalt und welche Partei hat sich nicht geärgert, wenn sie völlig umsonst zum Gerichtstermin angereist ist, da der Termin vom Gericht verlegt wurde. Insbesondere wenn die Partei aus Italien nach Deutschland kommt, sind oft vierstellige Reisekosten entstanden. Das OLG Dresden hat jetzt den Staat verurteilt, diese Kosten zu ersetzen, wenn das Gericht die Parteien nicht rechtzeitig – beispielsweise auch durch ein Telefonat der Geschäftsstelle – benachrichtigt (Urteil v. 18.04.2018, 1 U 1509/17).

### Akquisition versus Datenschutz

Während sich das Werberecht für Rechtsanwälte immer mehr lockert, wird das Datenschutzrecht von Jahr zu Jahr strenger. Eine Rechtsanwältin, die einen Gläubiger in einem Insolvenzverfahren vertrat, erhielt Einsicht in die Insolvenzakte. Sie entnahm aus der Akte die Namen weiterer Gläubiger und schrieb diese an, um ihre Dienste anzubieten. Das Anwaltsgericht Berlin (Beschluss vom 5.3.2018, 1 AnwG 34/16) sah darin einen Berufsrechtsverstoß wegen der Verlet-

zung des Datenschutzes. Die Akte des Insolvenzverwalters war nicht öffentlich und die anderen Gläubiger hatten ihre Zustimmung zur Weitergabe ihrer Anschrift offensichtlich nicht erteilt.

### Unbeglaubigte Vollmacht für italienisches Gerichtsverfahren (procura alle liti) ist ein heilbarer Mangel

In Italien ist eine Anwaltsvollmacht, die in einem Gerichtsverfahren vorzulegen ist, zu beglaubigen. Ausländische Parteien reichen in Unkenntnis der italienischen Verfahrensvorschriften auch unbeglaubigte Vollmachten ein. Wie der Kassationshof (Beschluss vom 6.9.2018, Nr. 21689/18) anwaltsfreundlich festgestellt hat, ist eine unbeglaubigte Vollmacht nicht nichtig, sondern mangelhaft und damit heilbar. Der Richter hat der Partei eine Frist gemäß Art. 182 der italienischen Zivilprozessordnung zu setzen, in der sie durch Vorlage einer beglaubigten Vollmacht den Mangel heilen kann.

### Einsicht in gerichtliche Entscheidungen – BGH uneins

Der Mandantenbrief hatte noch in seiner letzten Ausgabe von der Entscheidung des BGH, 4. Zivilsenat (Urteil v. 5.4.2017 – IV AR (VZ) 2/16) berichtet, nach der anonymisierte Abschriften von Urteilen und Beschlüssen auch an nicht am Verfahren beteiligte Dritte herausgegeben werden können. Der 5. Senat des BGH für Strafsachen folgt dieser Auffassung nicht. Danach können Aktenauskünfte (und damit Urteile und Beschlüsse) an nichtverfahrensbeteiligte Privatpersonen nur dann erteilt werden, wenn diese ein berechtigtes Interesse nachweisen können (Beschluss v. 20. Juni 2018 – 5 AR (Vs) 112/17).

### Titel „Av.“ in Italien unzulässig

Wer in Italien sein Jurastudium erfolgreich absolviert hat, darf sich zwar ab sofort „Dottore“ nennen; um Rechtsanwalt zu werden, muss er aber ein anspruchsvolles Anwaltsexamen bestehen. Die Durchfallquoten liegen je nach Bezirk bei über 50 %. Viele junge Juristen umgehen das italienische Examen und lassen sich in Spanien – das kein Anwaltsexamen kennt – als Anwälte nieder. Zurück in Italien können Sie dann als EU-Anwälte praktizieren. „Echte“ italienische Kollegen sind hierüber nicht erfreut und werden nun von einer Entscheidung des obersten Anwaltsgerichts (CNF, sentenza 14.12.2017 – 12.9.2018, n. 104) getrübt. Danach dürfen die Umwegkollegen die Abkürzung „Av.“ (Avogado) wegen Verwechslungsgefahr mit dem italienischen Avv. nicht führen.

### Kostenaufhebung im Rechtsstreit

In Deutschland fällt das Gericht die Kostenentscheidung, zum Teil mit exakter Quotelung, nach dem Verhältnis des Obsiegens und Unterliegens der Parteien. In Italien entscheiden hingegen die Richter, oft aus Bequemlichkeit, die Kosten gegeneinander aufzueben. Der Kassationshof hat mit Entscheidung 25594/2018 die unteren Instanzen daran erinnert, dass auch im italienischen Rechtsstreit derjenige, der durch sein rechtswidriges Verhalten einen Rechtsstreit veranlasst hat, zur vollen Erstattung der Kosten des Rechtsstreites verurteilt werden müsse.



## INFORMAZIONI PER COLLEGHI

### Interprete d'ufficio

Anche nei procedimenti civili, il giudice deve far intervenire d'ufficio un interprete se una parte straniera presente in persona desidera rilasciare dichiarazioni. Ciò è stato deciso dal BGH il 1.3.2018 (IX ZR 179/17) in un procedimento in cui l'attrice, che era personalmente presente nel procedimento, non è stata in grado di rilasciare alcuna dichiarazione per mancanza di conoscenza della lingua.

### Sussidi UE per giovani avvocati italiani

Come riporta il Sole 24 Ore nel numero del 24.9.2018, le regioni Piemonte, Puglia e Toscana utilizzano i fondi del Fondo sociale europeo per sostenere giovani avvocati. In Piemonte viene fornita consulenza gratuita per l'avvio di un'attività professionale, in Toscana le spese di locazione per un periodo di sei mesi possono essere rimborsate fino ad un totale di 3000 euro, così come le spese di viaggio e alloggio per il cosiddetto co-working con avvocati di un'altra regione UE, mentre in Puglia gli avvocati possono ottenere prestiti particolarmente vantaggiosi per l'allestimento di uno studio legale.

### Resta valido l'accordo sull'onorario

La Corte d'Appello di Ancona aveva respinto la richiesta di onorari di un avvocato italiano di 149.000 euro, a fronte di un onorario massimo consentito dal tariffario italiano di 59.000 euro. La Corte di Cassazione ha accolto il ricorso dell'avvocato e ha confermato che l'accordo sugli onorari ha la precedenza sull'onorario massimo risultante dalla tabella degli onorari (Corte di Cassazione del 10.10.2018 Nr. 25054/2018).

### Giudice testardo

Se, nel prendere la sua decisione, un tribunale non spende una sola parola sui fatti adottati dalla parte, nella misura in cui tali fatti non siano manifestamente irrilevanti o infondati, vi è stata una violazione del diritto ad essere sentiti. Con decisione del 13.3.2018 (VI ZR 281/16), la Corte Suprema federale BGH ha accolto il ricorso della parte non sentita. Il processo ricomincia tutto da capo.

### Rinvio della controversia in caso di indicazioni del giudice - Termini sufficienti

Come ripetutamente riportato nella nostra lettera ai clienti, i procedimenti civili tedeschi sono caratterizzati dal fatto che di solito richiedono solo un'udienza orale. Se in questa udienza si presenta un nuovo punto di vista e si desidera commentarlo, il tribunale spesso non è più disposto ad attendere ulteriori memorie scritte e decide subito dopo l'udienza. Questa prassi è tuttavia contraria al § 139 ZPO, che obbliga il giudice a richiamare l'attenzione delle parti sugli aspetti essenziali del contenzioso, come ha ribadito la Corte suprema federale BGH (ordinanza dell'11.4.2018, VII ZR 177/17). Se il giudice fornisce tale indicazione solo durante il procedimento orale e la parte non può rilasciare subito dichiarazioni in merito, il tribunale è obbligato - secondo il BGH - a rinviare l'udienza e a dare alla parte la possibilità di presentare le proprie osservazioni.

Un'altra decisione favorevole agli avvocati è stata presa dal BGH lo stesso giorno (VI ZR 378/17). Ai

sensi di essa, il diritto al contraddittorio è violato anche qualora, oggettivamente, il termine impartito dal Tribunale prima dell'adozione di una decisione non sia sufficiente a consentire di pronunciarsi, entro tale termine, in modo fondato, sui fatti rilevanti ai fini della decisione e sulla situazione giuridica.

### Gratuito patrocinio per le parti straniere

La Corte Suprema federale (BGH) (ordinanza del 03.07.2018 - VIII ZR 229/17) ha preso una decisione importante per il gratuito patrocinio transfrontaliero. Ai sensi di essa, il § 1078, n. 1, frase 1, ZPO deve essere interpretato conformemente alla direttiva nel senso che una parte residente o con abituale dimora in un altro Stato membro dell'UE può presentare una domanda di gratuito patrocinio transfrontaliero non solo all'autorità competente dello Stato membro di residenza, ma anche direttamente all'autorità ricevente dello Stato membro del foro competente. Se ciò funzioni o meno, si vedrà nella prassi.

### L'avvocato è responsabile se non fornisce informazioni

L'avvocato tedesco è responsabile nei confronti del cliente se non segnala eventuali rischi per il cliente, anche se questi non influiscono direttamente sul mandato conferito. Se, ad esempio, l'avvocato è incaricato con la difesa contro una richiesta di pagamento e dalla controversia giuridica risulta che il cliente può ricorrere contro terzi, l'avvocato deve informare il cliente su una imminente prescrizione dei crediti nei confronti dei suddetti terzi, anche se non è stato incaricato di far valere tali diritti. Sebbene in linea di principio l'onere della prova nel procedimento di responsabilità contro l'avvocato incombe sul cliente (BGH NJW 2476/2018), l'avvocato deve tuttavia spiegare quando e come egli ha avvertito il cliente. Si raccomanda pertanto a tutti i colleghi di informare i propri clienti via e-mail.

### Responsabilità dello Stato in caso di notifica tardiva del rinvio dell'udienza

Quale avvocato o quale parte non si è già arrabbiata per essersi recata inutilmente in tribunale, perché l'udienza è stata rinviata - senza preavviso - dal tribunale? Soprattutto se la parte viene dall'Italia in Germania, spesso si sono sostenute spese di viaggio non irrilevanti. La Corte d'Appello di Dresda ha ora condannato lo Stato a rimborsare queste spese se il tribunale non informa le parti in tempo utile - ad esempio tramite una telefonata da parte della cancelleria (sentenza del 18.04.2018, 1 U 1509/17).

### Acquisizione contro protezione dei dati

Mentre la legge sulla pubblicità per gli avvocati diventa sempre più flessibile, la legge sulla protezione dei dati è sempre più severa di anno in anno. Un avvocato, che rappresentava un creditore in una procedura di insolvenza, ha avuto accesso al fascicolo della procedura. Prendeva quindi dal fascicolo i nomi di altri creditori e scriveva loro offrendo i suoi servizi. Il tribunale dell'ordine degli avvocati di Berlino (decisione del 5 marzo 2018, 1 AnwG 34/16) ha ritenuto che si tratti di una violazione del diritto professionale a

causa della violazione della protezione dei dati. Il fascicolo del curatore fallimentare non era pubblico e gli altri creditori non avevano ovviamente dato il loro consenso al trasferimento del loro indirizzo.

### La procura non autenticata per un procedimento giudiziale italiano (procura alle liti) è un vizio sanabile.

In Italia, una procura alla liti, che deve essere presentata in tribunale, deve essere autenticata. Le parti straniere, all'insaputa delle norme procedurali italiane, presentano anche procure non autenticate. Come deciso pro avvocati dalla Corte di Cassazione (ordinanza del 6.9.2018, n. 21689/18), una procura non autenticata non è nulla, ma viziata e quindi sanabile. Il giudice deve fissare alla parte un termine ai sensi dell'articolo 182 del codice di procedura civile entro il quale la parte può porre rimedio al vizio depositando una procura autenticata.

### Consultazione di decisioni giudiziali - BGH in disaccordo

Nella nostra ultima lettera ai clienti avevamo riportato la decisione della Corte federale suprema BGH, 4° Sezione del Senato civile (sentenza v 5. 4.2017 - IV AR (VZ) 2/16), secondo la quale copie anonime di sentenze e decisioni possono essere consegnate anche a terzi non coinvolti nel procedimento. La 5° Sezione penale del BGH non ha seguito tale orientamento. Di conseguenza, le informazioni sulla pratica (e quindi le sentenze e le ordinanze) possono essere fornite a privati non coinvolti in un procedimento solo se questi ultimi possono dimostrare un interesse legittimo (ordinanza del 20 giugno 2018 - 5 AR (Vs) 112/17).

### Titolo „Av.“ inammissibile in Italia

Chi ha completato con successo i suoi studi di giurisprudenza in Italia può fin da subito chiamarsi „Dottore“, ma per diventare avvocato deve superare un impegnativo esame. Le percentuali di coloro che non superano l'esame sono superiori al 50%, a seconda del distretto. Molti giovani giuristi evitano di sostenere l'esame in Italia e si stabiliscono in Spagna - che non prevede esame per avvocati. Tornando in Italia, essi possono esercitare la professione come avvocati dell'Unione Europea. I „veri“ colleghi italiani non ne sono certo contenti e si confortano ora con una decisione del Consiglio Nazionale Forense (CNF, sentenza 14.12.2017 - 12.9.2018, n. 104). In seguito ad essa, i „colleghi“ spagnoli non possono utilizzare l'abbreviazione „Av.“ (Avogado) a causa di un rischio di confusione con l'italiano „Avv.“.

### Compensazione dei costi nel contenzioso

In Germania il tribunale decide sulle spese, di regola con una esatta ripartizione delle quote, in base al rapporto di vittoria e sconfitta in causa delle parti. In Italia, invece, i giudici decidono, spesso per convenienza, di compensare i costi tra esse. Con decisione 25594/2018, la Corte di Cassazione ha ricordato ai giudici di grado inferiore che, anche nel procedimento italiano, la parte il cui comportamento illecito ha causato un contenzioso, deve essere condannata a rimborsare integralmente le spese di tale procedimento.

## SCHADEN UND RECHT

### Musterfeststellungsklage in Deutschland – Echte Class Action in Italien?

In Deutschland ist mit der Musterfeststellungsklage ein neues Verfahren eingeführt worden, das bei Massenschäden den einzelnen Geschädigten schneller zum Recht verhelfen soll. Bei gleichgelagerten Schadensfällen sollen „qualifizierte Einrichtungen“ – also in der Regel Verbraucherschutzverbände –, die mindestens zehn Geschädigte aus dem gleichen Sachverhalt vertreten, eine Klage gegen den Schadensverursacher einreichen können. Das Gericht eröffnet ein Klageregister: Schließen sich weitere 50 Geschädigte an, kann das Verfahren eröffnet werden. Praktisch können sich bis zum Schluss noch beliebig viele Geschädigte anschließen und eintragen lassen.

Das Verfahren kann mit einem Vergleich enden, etwa mit einer Zahlungsverpflichtung auf der Grundlage von Parametern (Beispiel Dieselskandal: Typ des erworbenen Fahrzeuges, Baujahr, km-Leistung, etc). Ist der Geschädigte mit dem Vergleich nicht einverstanden, kann er aus dem Verfahren aussteigen und individuell klagen (Opt-out-Lösung).

Das Verfahren kann aber auch mit einem Urteil enden. Dann wird einfach festgestellt, dass der Verursacher des Schadens haftet. Ist der Verursacher dann immer noch nicht bereit, Schadensersatz zu leisten, müssen die Geschädigten in klassischen herkömmlichen Individualklagen ihr Recht erstreiten. Es kann dann in den individuellen Verfahren aber nur noch um die Höhe gehen, der Schadensgrund wurde bereits im Musterverfahren festgestellt.

Eine einmal eingelegte Musterfeststellungsklage, die einen bestimmten Sachverhalt betrifft, „sperrt“ die Zulässigkeit von weiteren Feststellungsklagen (§ 610 ZPO). Die Vorschrift ist sinnvoll, da die Konzentration auf ein Verfahren der gewünschten Prozessökonomie entspricht.

Das Gesetz lässt für ausländische Anspruchsteller aber viele Fragen offen. Es steht ohne Zweifel fest, dass sich ein Geschädigter, der Staatsangehöriger eines EU-Mitgliedsstaates ist, in das Klageregister eintragen kann. Kann aber ein italienischer Passatkäufer, der im Vertrauen auf die beworbenen Abgaswerte in Italien vom italienischen Importeur seinen PKW gekauft hat, genauso behandelt werden wie der deutsche Verbraucher, der seinen Passat vom örtlichen VW-Händler gekauft hat?

Die Fälle sind durchaus vergleichbar; wenn aber das Gericht eine Haftung dem Grunde nach feststellen muss, dann muss es auch nach einer bestimmten Rechtsordnung entscheiden. Der deutsche Käufer unterliegt dem deutschen Recht, der italienische Käufer dem italienischen Recht. Kann also eine dem Grunde nach festgestellte Haftung

von VW auch den italienischen Käufer berechtigen, seinen Schaden in einer dann folgenden Individualklage nach italienischem Recht geltend zu machen? In allen romanischen Rechtsordnungen (Spanien, Frankreich, Italien etc.) ist der Gesetzgeber wesentlich großzügiger mit dem zu gewährenden Schadensersatz als der deutsche. Kann dann auch immaterieller Schadensersatz gewährt werden? Die Käufer wurden ja Umweltverschmutzer wider Willen.

Der italienische Gesetzgeber macht sich derweil selbst seine Gedanken über die Einführung einer neuen Class Action. In Italien kann eine konkrete Verurteilung mit einer Zahlungspflicht erstritten werden. Rechtsanwältin soll im Falle des Erfolgs eine Beteiligung an dem Ergebnis zustehen (success fee, siehe Regierungsentwurf aus „La Repubblica“ v. 2.10.2018). Sollte der Entwurf umgesetzt werden, müsste auch dieser als materielles Recht von dem deutschen Richter berücksichtigt werden. Spannende Zeiten!

### Abgasskandal – individuell

Der Abgasskandal beschäftigt die deutsche Justiz in herkömmlichen Verfahren. So hat der BGH mit Beschluss vom 6.6.2018 (X ARZ 303/2018) zugunsten des klagenden Käufers entschieden, dass dieser seinen Vertragshändler aus Vertragsrecht und den Hersteller aus Deliktsrecht vor einem Gerichtstand als Streitgenossen gemeinschaftlich verklagen kann.

Das Landgericht Stuttgart (Urt. v. 25.10.2018, Az. 6 O 175/17) hat erstmals die Porsche AG verurteilt, einen vier Jahre alten Porsche Cayenne gegen Zahlung von knapp 60.000 Euro plus Zinsen zurückzunehmen. In dem Auto sei eine unzulässige Abschalteinrichtung verbaut, was sittenwidrig sei; Porsche habe vorsätzlich seinen Kunden geschadet, um sich wirtschaftliche Vorteile gegenüber Konkurrenten zu verschaffen, welche die Abgasvorschriften einhielten. Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Porsche hat angekündigt, Berufung einzulegen.

### Europäische Class action

Sowohl die italienische Class action wie auch die deutsche Musterfeststellungsklage könnten von dem europäischen Gesetzgeber überholt werden, der den Verbrauchern mit einem weitreichenden (COM(2018) 184 final) Richtlinienvorschlag für eine EU-Verbandsklage ein wirksames Instrument zur Durchsetzung ihrer Interessen zur Verfügung stellen möchte. Der Mandantenbrief wird berichten.

## DATENSCHUTZ

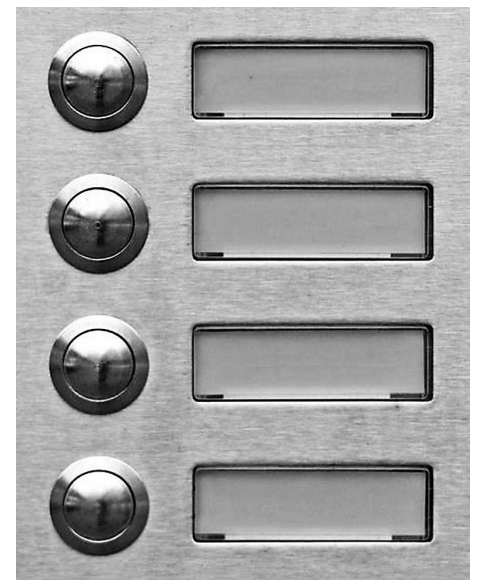
### DSGVO in Italien: Sanktionen erst ab 2019 in Kraft

Die italienische Regierung hat in ihrer Sitzung vom 8.8.2018 das Inkrafttreten der von der DSGVO vorgesehenen Sanktionen (bis zu 20 Millionen Euro oder im Fall eines Unternehmens bis zu 4% des gesamten weltweit erzielten Jahresumsatzes) um acht Monate aufgeschoben. Damit sei man einem französischen Modell gefolgt.

Offensichtlich hat die Einführung der strengen Datenschutzregeln, die von der deutschen Öffentlichkeit am 25.5.2018 mit großer Besorgnis wahrgenommen wurde (Abnahmewellen und Sanktionsfeuer wurden erwartet), in Italien weniger Schrecken verbreitet; zurecht hat man Hilfe von der eigenen Regierung erwartet. Der deutsche Jurist wundert sich, nachdem die DSGVO ja eine Verordnung ist, die schon seit Jahren gilt und am 25.5.2018 europaweit verbindlich werden sollte. Italienische Unternehmen haben jedenfalls jetzt noch etwas Zeit, die aufwendigen Erfordernisse zu erfüllen, beispielsweise die Erstellung des Bearbeitungsverzeichnisses gemäß Art. 30 der Verordnung, das bei größeren Unternehmen einen Mitarbeiter schon einige Wochen beschäftigen kann und das auch ständig aktualisiert werden muss.

### Klingelschild bedenklich

Der Datenschutzbeauftragte für das Land Thüringen hält es für datenschutzrechtlich unzulässig, wenn der Hauseigentümer bei einer Wohnungsanlage die Namen der Mieter – ohne deren Einwilligung – an Klingelanlage und an Briefkästen befestigt. Diese Haltung hat die deutschen Medien einige Tage lang beschäftigt. Viele Betroffene haben sich zu Recht gefragt, ob es nicht den Mietern überlassen sein sollte, ob sie durch ein Haustürschild datenschutzrechtlich nach außen treten möchten.



Datenschutz richtig! *Finalmente privacy!*

## DANNO E DIRITTO

### Azione collettiva di accertamento in Germania – Vera class action in Italia?

In Germania è stata avviata una nuova procedura di azione collettiva di accertamento che dovrebbe aiutare i singoli danneggiati a far valere i propri diritti più rapidamente in caso di danni che coinvolgono un ampio gruppo. Nei casi di richieste di danno presentate con le stesse caratteristiche, „entità qualificate“ – ossia, di norma, le associazioni per la tutela dei consumatori – che rappresentano 10 vittime colpite dalla stessa fattispecie, potranno proporre una causa unitaria contro il danneggiante. Il tribunale apre un cd. registro di attori: se altre 50 parti danneggiate si uniscono, la procedura può essere avviata. In sostanza, fino alla conclusione, hanno la facoltà di aggiungersi ulteriori parti danneggiate.

Il processo può terminare con un accordo, come un obbligo di pagamento, basato su determinati parametri (ad esempio nel caso dello scandalo diesel: tipo di veicolo acquistato, anno di costruzione, chilometraggio, etc.). Se la parte lesa non vuole accettare l'accordo proposto, può comunque estromettersi dalla causa principale e avviare una causa individuale (cd. soluzione opt-out).

In alternativa, al processo può seguire una decisione. In questo caso viene semplicemente riconosciuta o meno la responsabilità. Se il responsabile non è poi ancora disposto a risarcire i danni, le vittime devono poi instaurare una nuova causa individuale al fine di stabilire il quantum, mentre l'an risulta già cristallizzato.

L'introduzione di una tale causa relativamente a determinati fatti „blocca“ l'ammissibilità di ulteriori azioni analoghe (§ 610 c.p.c. tedesco). Tale regola risulta conveniente in quanto la concentrazione su un processo corrisponde al principio di economia processuale.

La legge lascia tuttavia molti dubbi rispetto agli aventi diritto stranieri. È pacifico che un danneggiato residente in uno Stato membro dell'UE possa registrarsi nella causa. Tuttavia ci si chiede se un acquirente italiano di una vettura Volkswagen Passat, che ha acquistato la sua auto dall'importatore italiano facendo affidamento sui valori di emissione pubblicizzati in Italia, possa essere trattato esattamente allo stesso modo del consumatore tedesco che ha acquistato la sua Passat dal rivenditore locale VW.

I casi sono assimilabili; ma se il giudice deve stabilire la responsabilità nel merito, deve decidere secondo un determinato sistema giuridico. L'acquirente tedesco è soggetto al diritto tedesco, mentre l'acquirente italiano al diritto italiano. Ci si chiede allora se l'accertamento della responsabilità della VW possa poi legittimamente fungere da presupposto anche per l'acquirente italiano a far valere il proprio danno in una successiva azione indivi-

duale basata sul diritto italiano. In tutti gli ordinamenti giuridici romanici (Spagna, Francia, Italia, Italia, ecc.), il legislatore è molto più generoso rispetto a quello tedesco per quanto riguarda i danni da risarcire. Possono quindi essere concessi anche i danni immateriali? Gli acquirenti sono diventati inquinatori contro la loro volontà.

Nel frattempo, il legislatore italiano sta a sua volta pensando di introdurre una nuova azione collettiva. In Italia, la condanna concreta può essere ottenuta con l'obbligo di pagamento. In caso di successo, gli avvocati dovrebbero avere diritto ad una partecipazione al risultato (success fee, si veda la bozza del governo de „La Repubblica“ del 2 ottobre 2018). Ove tale progetto di legge andasse in porto, il giudice tedesco dovrebbe tenere conto anche di tale aspetto. Seguiremo con interesse!

### Scandalo dei gas di scarico

Lo scandalo dello scarico sta occupando la magistratura tedesca nelle cause standard. Con sentenza del 6 giugno 2018 (X ARZ 303/2018) la Corte federale tedesca ha riconosciuto in favore dell'acquirente attore che egli può citare in giudizio congiuntamente sia il proprio rivenditore autorizzato, in virtù del rapporto contrattuale sottostante, che il produttore in qualità di litisconsorti.

Il Tribunale di Stoccarda (sentenza del 25.10.2018, fascicolo n. 6 O 175/17) ha condannato per la prima volta la Porsche AG a ritirare una Porsche Cayenne di quattro anni, pagando quasi 60.000 euro oltre interessi all'attore. La vettura è dotata di un dispositivo di spegnimento illegale; il Tribunale ritiene che la Porsche abbia deliberatamente danneggiato i suoi clienti per ottenere un vantaggio economico rispetto ai concorrenti che hanno rispettato le normative sulle emissioni. La sentenza non è ancora passata in giudicato e la Porsche ha annunciato di voler proporre appello.

### Azione collettiva europea

Sia l'azione di classe italiana che il nuovo processo tedesco della class action potrebbero essere superati dal legislatore europeo, il quale ha rilasciato una proposta di direttiva (COM(2018) 184 definitivo) per una citazione collettiva europea con la quale si intende fornire ai consumatori uno strumento efficace per far valere i loro interessi. Vi terremo aggiornati.



Datenschutzbeauftragter Dolce Lauda – DPO Dolce Lauda

## PRIVACY

### GDPR in Italia: sanzioni in vigore solo dal 2019

Il governo italiano ha prorogato nel corso della seduta tenutasi l'08/08/2018 di 8 mesi la data prevista per l'applicazione delle sanzioni (fino a 20 milioni di euro o, nel caso di un'impresa, fino al 4% dell'intero fatturato mondiale totale annuo). Con ciò si è voluto seguire il modello francese.

Evidentemente l'introduzione di rigide norme di tutela dei dati sensibili, che il pubblico tedesco ha appreso il 25/5/2018 con grande apprensione (ci si aspettavano ondate di diffide e una raffica di sanzioni), ha provocato in Italia meno terrore; a ragione si attendeva un intervento da parte del governo. Il giurista tedesco si stupisce di quanto accaduto, essendo il GDPR a tutti gli effetti un regolamento in vigore da anni e che è diventato vincolante per tutta l'Europa a partire dal 25.05.2018. Le aziende italiane hanno ora ancora un po' di tempo per allinearsi al complesso dettato normativo, come ad esempio la creazione del registro ai sensi dell'art. 30 del regolamento, che nelle aziende più grandi possono impegnare un collaboratore per qualche settimana e che comunque deve essere aggiornato costantemente.

### Dubbi sulla conformità al GDPR della Targhetta del campanello

Il responsabile della protezione dei dati per lo stato federale della Turingia ritiene che sia inammissibile in base alla legge sulla protezione dei dati che il proprietario di una casa in un complesso residenziale apponga i nomi degli inquilini – senza il loro consenso – sul citofono e sulla cassetta postale. Questo comportamento ha interessato i media tedeschi per diversi giorni. Molti interessati si sono giustamente chiesti se non dovesse spettare agli inquilini la decisione di apporre o meno la targhetta fuori dalla porta, rinunciando così alla loro privacy.



## ARBEITSRECHT

### Weigerung des Arbeitnehmers sich ärztlich untersuchen zu lassen

Bei krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit des Arbeitnehmers ist das Arbeitsrecht in Deutschland und Italien noch sehr unterschiedlich. So kann beispielsweise in Deutschland einem Arbeitnehmer während seiner Krankheit gekündigt werden (in Italien nicht); in Italien muss er sich hingegen bei Arbeitsunfähigkeit zu bestimmten Tageszeiten zu Hause aufhalten (in Deutschland nicht) und dem Arbeitgeber steht sogar ein Kontrollrecht zu.

Aber auch in Deutschland muss der Arbeitgeber eine längerfristige Krankheit des Arbeitnehmers nicht einfach hinnehmen. Viele Tarifverträge geben ihm das Recht, eine amtsärztliche Untersuchung zu beantragen, die die grundsätzliche Arbeitsfähigkeit feststellen soll. Wie das Bundesarbeitsgericht (Urteil v. 25.1.2018 2 AZR 382/17) jetzt entschieden hat, kann der Arbeitgeber sogar dem Arbeitnehmer fristlos kündigen, wenn er sich dieser Pflicht entzieht und sich nicht untersuchen lässt.

### Befristete Arbeitsverträge mit „altem“ Arbeitgeber

In Deutschland können befristete Verträge ohne besonderen Befristungsgrund bis zu einer Höchstdauer von 24 Monaten abgeschlossen werden und

nur dann, wenn die Parteien nicht schon zuvor in einem Arbeitsverhältnis standen. Die deutsche Rechtsprechung hatte eine Unterbrechung von drei Jahren zwischen einem alten und einem neuen befristeten Arbeitsverhältnis mit demselben Arbeitgeber für ausreichend erachtet.

Das Bundesverfassungsgericht (Urteil v. 6.6.2018, 1 BvL 7/14 und 1 BvR1375/14) hat jetzt aber einer Klage eines Arbeitnehmers stattgegeben, der nach vielen Jahren Unterbrechung bei seinem alten Arbeitgeber wieder befristet eingestellt wurde und nun eine unbefristete Einstellung beanspruchte. Eine dreijährige Pause – so wie von der BAG-Rechtsprechung vorgesehen – ließe sich aus dem Gesetz nicht entnehmen. Jede Vorbeschäftigung, gleich in welcher fernen Vergangenheit sie stattgefunden haben mag, schließt nun die Möglichkeit einer sachgrundlosen befristeten Beschäftigung aus.

### Einführung der Brückenteilzeit

Die Große Koalition hat, wie im Koalitionsvertrag versprochen, den Arbeitnehmern in Deutschland einen Anspruch auf vorübergehende Teilzeitarbeit eingeräumt. Der Antrag, für einen bestimmten Zeitraum von Vollzeit- in Teilzeitarbeit zu wechseln, muss nicht begründet werden. Er kann nur in Betrieben gestellt werden, in denen mehr als 45 Arbeitnehmer beschäftigt werden.

## VERTRIEB

### Schadensersatz bei mangelhafter Lieferung

Eine Einführung in das deutsche Gewährleistungsrecht würde unsere Leser sicher ermüden. Um die Bedeutung der Entscheidung des BGH vom 9.5.2018 (VIII ZR 26/17) nachvollziehen zu können, ist darzulegen, dass dem Käufer einer mangelhaften Sache in Deutschland verschiedene Rechte zustehen. Er kann vom Kaufvertrag zurücktreten und Schadensersatz verlangen oder am Vertrag festhalten und eine Minderung des Kaufpreises geltend machen.

In dem entschiedenen Fall hatte ein Käufer eines Mercedes Montagsautos (damit werden in Deutschland die besonders mangelbehafteten Fahrzeuge bezeichnet) nach dem siebten Werkstattbesuch eine Minderung des Kaufpreises in Höhe von 20 % geltend gemacht. Nachdem das Fahrzeug aber auch danach (dieselben) Mängel aufwies, platzte dem Käufer der Kragen und er begehrte vollen Schadensersatz (unter anderem Rückzahlung des Kaufpreises unter Anrechnung der Gebrauchsvorteile).

Landgericht und Oberlandesgericht gaben dem Käufer Recht; der BGH weist jedoch darauf hin, dass dem Käufer ein einmaliges Wahlrecht zusteht. Hat er einmal die Minderung geltend gemacht, ist er daran gehindert, hiervon wieder Abstand zu nehmen und stattdessen wegen desselben Mangels

Rückgängigmachung des Kaufvertrages zu verlangen.

### Handelsbrauch von Amts wegen zu ermitteln

Behauptet eine Partei, dass eine bestimmte Form der Gerichtsstandsvereinbarung dem Handelsbrauch im internationalen Handelsverkehr gem. Art. 25 EuGVVO entspricht, muss das Gericht dem im Wege der Prüfung seiner internationalen Zuständigkeit auch ohne Beweisangebot nachgehen (BGH, Urteil vom 26.04.2008 VII ZR 139/17).

### Handelsvertreter : Ausgleichsanspruch auch während der Probezeit

Der EuGH (Urteil v. 19.04.2018, C\_645/16) hat in einem innerfranzösischen Rechtsstreit zwischen einem Unternehmen und seinem Handelsvertreter auf der Grundlage von Artikel 17 der Richtlinie 653/86 entschieden, dass ein Ausschluss eines Ausgleichsanspruchs für den Fall der Beendigung des Vertrages in der Probezeit nicht richtlinienkonform ist und - soweit die übrigen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind - dem Handelsvertreter ein Abfindungsanspruch zusteht. Damit steht dem Handelsvertreter ein Ausgleichsanspruch grundsätzlich auch nur nach eintägiger Laufzeit seines Vertrages zu.

## LESERFRAGEN

### Sind auch kurzfristige Entsendungen deutscher Arbeitnehmer nach Italien dem Arbeitsministerium zu melden?

Liest man den Text des Gesetzesdekretes D.Lgs. N. 136/2016, der die Richtlinie zur Entsendung 2014/67 EU umsetzt, kann sich in der Tat der Schluss ergeben, dass jede Entsendung, unabhängig von ihrer Dauer, zu melden ist; das Dekret gibt nämlich keine Mindestdauer an.

Der Text muss aber im Rahmen der italienischen rechtlichen Definition einer Entsendung (*distacco*) ausgelegt werden, die insbesondere zur Dienstreise (*trasferta*) abzugrenzen ist.

Bei einer Entsendung wird der Arbeitnehmer eines Unternehmens von seinem Ursprungsbetrieb dem Entsendebetrieb zur Verfügung gestellt. Er wird in die betriebliche Organisation des Entsendebetriebs eingefügt und erhält – das ist der wesentliche Faktor – die Weisungen vom Entsendebetrieb. Während das Weisungsrecht auf den neuen Arbeitgeber übergeht, verbleibt nur eine durch den fortlaufenden Arbeitsvertrag „formale“ Bindung an den Arbeitgeber seines Herkunftsbetriebs.

Demgegenüber definiert die italienische Rechtsprechung eine Dienstreise als temporäre Verlegung des Arbeitsortes, bei der der Arbeitnehmer aber noch funktionale Aufgaben im Interesse des Betriebs seines Arbeitgebers ausführt, er weiterhin im engen Kontakt zum Betrieb des Arbeitgebers steht und vor allen Dingen dessen Weisungen unterliegt.

Bei der Entsendung wird der Arbeitnehmer dagegen in einen neuen Betrieb integriert, seine Arbeitsleistung soll den Bedarf des neuen Arbeitgebers befriedigen.

Daraus ergibt sich, dass in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle, in der es um einen kurzfristigen Auslandseinsatz geht, nicht qualitativ von einer Entsendung im Sinne der italienischen Vorschrift gesprochen werden kann.



15 von 16 sind Rechtsanwälte  
15 dei 16 sono avvocati

## I LETTORI CHIEDONO

**Esiste un obbligo di comunicazione (al Ministero del Lavoro e delle Politiche Sociali) anche in caso di distacchi di breve durata dei nostri dipendenti in Italia?**

Se si legge il testo del decreto legge D.Lgs. N. 136/2016, che recepisce la direttiva UE sul distacco dei lavoratori 2014/67, si può infatti concludere che qualsiasi distacco, qualunque sia la sua durata, deve essere notificato, poiché il decreto non specifica una durata minima.

Tuttavia, il testo deve essere interpretato nel contesto della definizione giuridica italiana di distacco, che deve essere distinto in particolare da una missione trasferita.

In caso di distacco, il dipendente di un'impresa è messo a disposizione dell'impresa distaccataria dalla sua impresa originaria. Egli è integrato nell'organizzazione operativa dell'impresa distaccataria e riceve - questo è il fattore essenziale - le istruzioni dall'impresa distaccataria. Mentre dunque il diritto di impartire direttive viene trasferito al nuovo datore di lavoro, nei confronti del datore di lavoro dell'azienda d'origine permane solo un impegno "formale" costituito dal contratto di lavoro in corso.

La giurisprudenza italiana, invece, definisce la trasferta come un trasferimento temporaneo del luogo di lavoro, durante il quale il dipendente svolge ancora compiti funzionali nell'interesse dell'azienda del suo datore di lavoro, rimane in stretto contatto con l'azienda del datore di lavoro e, soprattutto, è soggetto alle direttive del datore di lavoro.

In caso di distacco, invece, il dipendente è integrato in una nuova azienda e le sue prestazioni lavorative sono destinate a soddisfare le esigenze del nuovo datore di lavoro.

Ne consegue che, nella stragrande maggioranza dei casi di assegnazione di breve durata all'estero, in base alla normativa italiana non si può parlare qualitativamente di un distacco.



Entsendung  
Distacco

## DIRITTO DEL LAVORO

**Il rifiuto del dipendente di sottoporsi ad un esame medico**

Il caso di inabilità al lavoro per malattia, è disciplinato in modo diverso dal diritto del lavoro tedesco ed italiano. In Germania, ad esempio, diversamente che in Italia, un dipendente può essere licenziato durante la sua malattia; in Italia, invece, diversamente che in Germania, se il lavoratore non è in grado di lavorare deve rimanere a casa in determinati momenti della giornata e il datore di lavoro ha persino un diritto di controllo.

Ma anche in Germania il datore di lavoro non deve accettare con facilità una malattia a lungo termine del dipendente. Molti contratti collettivi gli conferiscono il diritto di richiedere un esame medico ufficiale per determinare la capacità lavorativa di base. Come ha deciso il Tribunale federale del lavoro (sentenza del 25.1.2018 2 AZR 382/17), il datore di lavoro può anche licenziare il lavoratore senza preavviso se si sottrae a tale obbligo e non si lascia esaminare.

**Contratti a tempo determinato con il „vecchio“ datore di lavoro**

In Germania, i contratti a tempo determinato possono essere stipulati per un periodo massimo di 24 mesi senza un motivo specifico e solo se le parti non

hanno già avuto un rapporto di lavoro in precedenza. La giurisprudenza tedesca ha ritenuto sufficiente un'interruzione di tre anni tra un vecchio rapporto di lavoro e un nuovo rapporto di lavoro a tempo determinato con lo stesso datore di lavoro.

Tuttavia, la Corte costituzionale federale (sentenza del 6 giugno 2018, 1 BvL 7/14 e 1 BvR1375/14) ha ora accolto il ricorso di un dipendente che, dopo molto più di tre anni dall'interruzione del rapporto con il suo vecchio datore di lavoro, sia stato riassunto a tempo determinato e abbia richiesto un'assunzione a tempo indeterminato. La pausa di tre anni - prevista dalla giurisprudenza del BAG - non è desumibile dal testo della legge. Qualsiasi precedente assunzione, indipendentemente da quanto sia lontana nel passato, esclude ora la possibilità di un'occupazione a tempo determinato che non sia sorretta da una motivazione.

**Introduzione del lavoro a tempo parziale a ponte**

Come promesso nell'accordo di coalizione, la grande coalizione ha concesso ai lavoratori tedeschi il diritto al lavoro part time a tempo determinato. La richiesta di passare per un determinato periodo dal lavoro a tempo pieno al lavoro a tempo parziale non deve essere giustificata. Tale diritto può essere attribuito solo in stabilimenti con più di 45 dipendenti.

## DISTRIBUZIONE

**Risarcimento del danno in caso di consegna difettosa**

Per comprendere appieno il significato della decisione della Corte Federale tedesca del 9 maggio 2018 (BGH, VIII ZR 26/17) sarebbe necessaria un'ampia introduzione alla legge tedesca in materia di garanzia, cercheremo di essere brevi al riguardo. In Germania l'acquirente di un bene difettoso può valersi di molteplici diritti. Egli può recedere dal contratto di acquisto e chiedere il risarcimento dei danni o richiedere una riduzione del prezzo di acquisto.

Nel caso in esame, l'acquirente di un'autovettura Mercedes „del lunedì“ (concetto che in Germania fa riferimento ai veicoli particolarmente difettosi) ha chiesto una riduzione del 20 % del prezzo di acquisto dopo essersi recato sette volte presso l'officina del rivenditore. Tuttavia, dopo che si erano ripresentati nuovamente gli stessi difetti, l'acquirente ha preteso anche il risarcimento del danno integrale, tra cui il rimborso del prezzo di acquisto, al netto dei vantaggi connessi all'utilizzo temporaneo dell'auto.

Il Tribunale e la Corte d'appello si sono pronunciate a favore dell'acquirente; la Corte Federale tedesca ha invece rilevato che l'alternatività dei diritti spettanti all'acquirente viene meno nel momento in cui egli opti per uno di essi. Una volta fatta valere la riduzione del prezzo, gli viene impedito di rinunciare e/o

revocare tale riduzione e di chiedere la risoluzione del contratto di acquisto per lo stesso difetto.

**Rilevazione d'ufficio di un uso commerciale**

Se una parte processuale afferma che una determinata forma di accordo relativa alla scelta del foro competente ai sensi dell'art. 25 del Reg. Bruxelles I bis corrisponde ad un uso del commercio internazionale, il giudice deve verificare tale circostanza al fine di valutare la propria competenza internazionale anche in mancanza di istanze probatorie (BGH, sentenza del 26.04.2018 VII ZR 139/17).

**Agente di commercio: indennità di fine rapporto anche durante il periodo di prova**

Con sentenza del 19.04.2018 (C\_645/16), la Corte di Giustizia dell'Unione Europea, in riferimento a una controversia francese tra una società e il suo agente, ha stabilito che l'esclusione di una richiesta di indennità di fine rapporto in caso di risoluzione del contratto durante il periodo di prova non sia conforme all'art. 17 della direttiva 653/86 e che pertanto, qualora siano integrati gli altri requisiti normativi, l'agente commerciale abbia diritto ad un'indennità di fine rapporto. Ciò significa, almeno in linea di principio, che l'agente commerciale può avere il diritto all'indennità di fine rapporto anche solo dopo un giorno di valenza del contratto.

## GEISTIGES EIGENTUM

### Unbefugte Verwendung eines von einer Website heruntergeladenen Fotos

Im Jahr 2009 verwendete eine Gesamtschule in Waltrop (Nordrhein-Westfalen) ein Foto des Fotografen Renckhoff und lud es von einer Reise-Website herunter, wo es ohne Downloadbeschränkung für ein Schulprojekt veröffentlicht wurde. Unter dem Foto befand sich der Hypertextverweis auf die Website, von der es aufgenommen wurde.

Der Fotograf, der auf die Veröffentlichung des Projekts und die unbefugte Nutzung aufmerksam wurde, verklagte den Schulträger und behauptete, ein Nutzungsrecht nur dem Betreiber der Reise-Website eingeräumt zu haben. Die Vernetzung des Fotos auf der Website der Schule stelle eine Verletzung des Urheberrechts dar, da sie nicht zuvor genehmigt wurde.

Der Streit wurde so heftig geführt, dass er vor dem EuGH landete, der am 7.08.2018 urteilte (Az. C-161/17).

Durch eine sorgfältige Prüfung des Inhalts der Richtlinie 2001/29/EG und eine Analyse zur Herstellung eines Gleichgewichts zwischen dem Recht auf Bildung und dem Schutz des Urheberrechts kam der Gerichtshof zu einem Urteil zugunsten des Fotografen.

In Auslegung von Artikel 3 Absatz 1 der Richtlinie 2001/29/EG stellte der Gerichtshof fest, dass die Veröffentlichung eines frei zugänglichen Fotos auf einer anderen Website eine neue Genehmigung des Urhebers erfordert, da das Foto einem neuen, anderen als dem vorherigen Publikum zugänglich gemacht wird.

### Musik: SIAE verliert das Monopol bei der Verwaltung von Urheberrechten

In der am 26.10.2018 von der AGCM (Italienische Kartellbehörde) veröffentlichten Pressemitteilung wurde der Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung durch die SIAE (in Deutschland mit der GEMA vergleichbar mit Wirkung ab dem 1. Januar 2012 unter Verstoß gegen Artikel 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)) festgestellt, wodurch Urheber bei der freien Ausübung des Urheberrechtsschutzes behindert werden und Wettbewerber von den Märkten für Urheberrechtsverwaltungsleistungen ausgeschlossen werden.

Nach dem Ergebnis der Bewertung ordnete die Behörde an, dass die SIAE das Verhalten, das zur Wettbewerbsverzerrung führt, unverzüglich beenden und in Zukunft von ähnlichen Verhaltensweisen absehen muss.

Es handelt sich um einen Schritt in Richtung der Beendigung des SIAE-Monopols im Bereich des Urheberrechts.

Die Ansprüche der anderen Akteure, wie Soun-dreef, auf Ausübung des freien Wettbewerbs und des Urheberrechtsmanagements sind somit anerkannt worden.

### Künstlerische Freiheit des Straßenfotografen und Schutz des Persönlichkeitsrechts

Wie oft haben wir auf einer öffentlichen Straße angehalten, um ein Bild von etwas zu machen, das uns fasziniert, vielleicht von einer Person mit einem extravaganten Aussehen, die unsere Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat. Wie oft hat uns dieses Foto so gut gefallen, dass wir uns entschieden haben, es auf einem öffentlichen Kanal wie Facebook oder Instagram zu veröffentlichen?

Auch wenn wir keine professionelle Fotografen, sondern „nur“ Fotoliebhaber wären, hätten wir vielleicht auch daran gedacht, an einem Fotowettbewerb oder einer Fotoausstellung teilzunehmen, wenn auch nur in der Gemeinde oder Region, in der wir leben.

Was wäre, wenn auf diesem Foto eine Person porträtiert würde, die wir nicht kennen und die einfach im genauen Moment unserer Aufnahme diese Straße entlang ging? Können wir es noch veröffentlichen, oder sollten wir sie vorher um Erlaubnis bitten?

Kann die Freiheit des so genannten Straßenfotografen, der Momente des täglichen Lebens in einer Aufnahme kristallisiert, durch das persönliche Recht des Passanten eingeschränkt werden, nicht auf einer öffentlich ausgestellten Fotografie dargestellt zu werden?

Die Dritte Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) hat mit Beschluss vom 8.2.2018 - 1 BvR 2112/15 Licht ins Dunkel gebracht. Anlass des Rechtsstreits war eine Fotoausstellung zum Thema „Ostkreuz: Neue Sicht auf Charlottenburg“, in der 146 Fotografien verschiedener Künstler aus diesem Stadtteil auf 24 Ausstellungstafeln gezeigt wurden, die auf einer öffentlichen Straße vor einem Gebäude im Stadtteil Charlottenburg installiert wurden.

Unter den ausgestellten Fotos befand sich ein Foto eines so genannten „Straßenfotografen“, das eine Frau darstellte, die an der Ampel die Straße in einem auffälligen Kleid überquerte und eine Tasche und eine Plastiktüte hielt. Der Körper der Frau beanspruchte 1/3 des Fotos und obwohl die Stirn der Frau vom Rand des Fotos bedeckt war, war ihr Gesicht leicht zu erkennen. Im Hintergrund des Fotos konnten einige Gebäude im Landkreis Charlottenburg inklusive einer Pfandleihe erkannt werden.

Der Autor des Fotos hatte die abgebildete Frau um eine Erlaubnis gebeten, sie abzulichten, und letztere fühlte sich in ihren Persönlichkeitsrechten ver-

letzt. Die Frau, die das Recht auf den Schutz ihres Bildes und die Anonymität ihrer Privatsphäre geltend machte, verklagte den Verfasser des Fotos und forderte das Gericht auf, eine einstweilige Verfügung zu erlassen und Schadensersatz zu leisten.

Das Berliner Gericht erster Instanz hatte entschieden, dass die Veröffentlichung des Bildes grundsätzlich der Zustimmung der fotografierten Person bedarf, auch wenn die Fotoausstellung dazu diene, „das größere Interesse der Kunst“ zu befriedigen. Die Privatsphäre der Frau war beeinträchtigt worden, ihr Porträt war wochenlang auf einer öffentlichen Straße aufgehängt worden. Das Urteil wurde in zweiter Instanz bestätigt, aber der Fotograf gab nicht auf und legte Verfassungsbeschwerde ein.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in Karlsruhe wies die Beschwerde des Fotografen zwar zurück, nutzte aber die Gelegenheit, einige wichtige Grundsätze in diesem Rechtsgebiet zu klären.

Es betonte, dass das Ziel der Straßenfotografie darin besteht, die reine Realität darzustellen, in der sich der Künstler in der bewussten Auswahl des Details von Realität und Design mit fotografischen Mitteln ausdrückt. Sie muss als Kunstform betrachtet werden, d.h. als eine freie schöpferische Umsetzung, in der die Eindrücke, Erfahrungen und Kenntnisse des Künstlers durch eine bestimmte Formensprache, in diesem Fall die Fotografie, lebendig werden. Das BVerfG weist darauf hin, dass die Freiheit der Kunst nicht nur die fotografische Produktion, sondern auch ihre Darstellung im Rahmen einer öffentlichen Ausstellung beinhaltet. Daher ist das Fotografieren und Ausstellen eines Fotos grundsätzlich ohne Zustimmung der betroffenen Personen möglich.

Das Gericht stellte auch klar, dass eine geringfügige Verletzung oder die bloße Möglichkeit einer schweren Verletzung nicht ausreicht, um die Meinungsfreiheit des Fotografen angesichts der großen Bedeutung der künstlerischen Freiheit einzuschränken.

Die künstlerische Freiheit des Straßenfotografen findet daher nur bei einer schwerwiegenden Verletzung des Persönlichkeitsrechts ihre Grenze – die im vorliegenden Fall offensichtlich aber vorlag.

Domiciliazioni e ricerca  
personale bilingue

dlw

Tel.: 0049 · 69 · 1310666  
info@dlwfrankfurt.de



# PROPRIETÀ INTELLETTUALE

## Utilizzo non autorizzato di una fotografia scaricata da un sito web

Nel 2009 un'alunna iscritta alla Scuola media (Gesamtschule) di Waltrop (Renania settentrionale – Vestfalia, Germania) utilizzò per un progetto scolastico una fotografia realizzata dal fotografo Renckhoff e scaricata da un sito di viaggi, ove la stessa era pubblicata senza restrizioni di download. Sotto la fotografia era stato indicando il riferimento ipertestuale al sito web da cui era stata tratta.

Il fotografo accorgendosi della pubblicazione del progetto e dell'utilizzo non autorizzato sul sito della scuola, fece causa sostenendo di aver concesso un diritto d'uso solo al gestore del sito Internet di viaggi e sottolineando che la messa in rete della fotografia sul sito Internet della scuola costituisce violazione del diritto d'autore in quanto non previamente autorizzata.

La controversia venne molto dibattuta, tanto da finire davanti alla Corte di Giustizia UE che pronunciò sentenza il 7.08.2018 (causa n. C-161/17).

Attraverso un attento esame sui contenuti della Direttiva 2001/29/CE ed una analisi finalizzata a trovare un equilibrio tra il diritto all'istruzione e la protezione del diritto d'autore, la Corte giunse ad una pronuncia in favore del fotografo.

Interpretando l'art. 3, par. 1, della direttiva 2001/29/CE, la Corte ha stabilito che pubblicare una fotografia liberamente accessibile su un altro sito web richiede una nuova autorizzazione da parte dell'autore, in quanto la fotografia viene messa a disposizione di un pubblico nuovo, diverso da quello precedente.

## Musica: La SIAE perde il monopolio nella gestione del diritto d'autore

Il comunicato stampa pubblicato il 26.10.2018 da AGCM (Autorità garante per la concorrenza e per il mercato) ha accertato l'abuso di posizione dominante da parte della SIAE, con decorrenza almeno dal 1° gennaio 2012, in violazione dell'art. 102 Trattato sul funzionamento dell'Unione Europea (TFUE), impedendo e ostacolando gli autori nel loro libero esercizio di tutelare i propri diritti d'autore, nonché escludendo i concorrenti dai mercati relativi ai servizi di gestione dei diritti d'autore.

All'esito dell'accertamento, l'Autorità ha ordinato alla SIAE di porre immediatamente fine ai comportamenti distortivi della concorrenza accertati e di astenersi in futuro dal porre in essere comportamenti analoghi.

Questo è sicuramente un passo verso la direzione della fine del monopolio SIAE in ambito di diritto d'autore.

Sono stati così riconosciuti i diritti di altri player, come per esempio Soundreef, che potranno eserci-

tare il diritto di libera concorrenza e di gestione dei diritti d'autore.

## Libertà artistica del fotografo di strada e protezione di diritti personali

Quante volte ci siamo soffermati su una strada pubblica per fare una fotografia di qualcosa che ci affascina, magari una persona con un aspetto esuberante che ha catturato il nostro occhio. Quante volte questa fotografia ci è piaciuta tanto da farci decidere di postarla su un canale pubblico come ad esempio su Facebook o su Instagram?

Se anche non fossimo fotografi professionisti, ma „solo” degli appassionati di fotografia ci sarà sicuramente capitato anche di pensare di partecipare a un concorso fotografico oppure ad una mostra fotografica anche solo del comune o della regione dove abitiamo.

E se in questa fotografia fosse ritratta una persona che non conosciamo e che semplicemente passeggiava su quella strada nel momento esatto del nostro scatto? Potremmo pubblicarla lo stesso o dovremmo previamente chiedere il suo permesso?

La libertà del c.d. fotografo di strada che cristallizza in uno scatto momenti della vita quotidiana, può essere limitata dal diritto personale del passante di non essere ritratto in una fotografia esposta pubblicamente?

La terza Camera del primo Senato della Corte Costituzionale federale tedesca (BVerfG), con decisione del 8.2.2018 - 1 BvR 2112/15, ha tentato di fare luce sul punto analizzando una controversia sorta a Berlino nel 2013 durante una mostra fotografica dal tema „Ostkreuz: Westwärts. New View of Charlottenburg“ nella quale furono esposte su 24 pannelli espositivi, installati su una strada pubblica, davanti ad un edificio del quartiere di Charlottenburg, ben 146 fotografie scattate in quel quartiere da diversi artisti.

Tra le foto esposte ve n'era una scattata da un c.d. „fotografo di strada” raffigurante una donna che al semaforo attraversava la strada vestita con un abito vistoso, tenendo in mano una borsa e una busta di plastica. Il corpo della donna occupava 1/3 della fotografia e nonostante la fronte della donna fosse coperta dallo spigolo della foto, il suo viso era facilmente riconoscibile. Nello sfondo della foto era possibile distinguere alcuni edifici del quartiere di Charlottenburg tra cui un banco dei pegni.

L'autore della foto non si era premurato di richiedere alla donna il permesso di ritrarla in tale fotografia e quest'ultima, riconoscendosi, si sentì pregiudicata nei propri diritti personali. Facendo leva sul diritto alla tutela della propria immagine e dell'anonimato della propria sfera di vita privata, la donna fece causa all'autore della fotografia chiedendo che il tribunale pronunciasse un provvedimento d'ingiunzione ed il risarcimento dei danni.

Il Tribunale di Berlino in primo grado stabilì che, in linea di principio, per la pubblicazione dell'immagine era necessario il consenso della persona fotografata, anche se la mostra fotografica serviva a soddisfare „l'interesse superiore dell'arte”. La privacy della donna era stata compromessa, il suo ritratto era rimasto per settimane appeso su una pubblica via. La sentenza fu confermata in secondo grado, ma il fotografo non si arrese e propose ricorso.

La Corte Costituzionale federale tedesca (BVerfG) di Karlsruhe, sebbene abbia respinto il reclamo del fotografo, ha colto l'occasione per fissare alcuni concetti importanti in questa materia.

Ha sottolineato che l'obiettivo della fotografia di strada è quello di rappresentare la realtà pura, dove l'artista si esprime nella selezione consapevole del dettaglio della realtà e del design con mezzi fotografici. Essa deve essere considerata una forma d'arte, ovvero una libera realizzazione creativa in cui le impressioni, le esperienze e le conoscenze dell'artista prendono vita attraverso un certo linguaggio formale, che nel caso di specie è la fotografia. La Corte evidenzia che la libertà dell'arte non comprende solo la produzione fotografica, ma anche la sua esposizione nel contesto di una mostra pubblica. Pertanto, in linea di principio, fotografare ed esporre una fotografia è possibile senza il consenso delle persone interessate.

La Corte ha precisato anche che una lesione minore o la semplice possibilità di una lesione grave non è sufficiente a creare un limite alla libertà di espressione del fotografo in considerazione della grande importanza della libertà artistica.

La libertà artistica del fotografo di strada trova quindi il suo limite solo nel caso di grave lesione del diritto della personalità.



Angela Bonacina, Ihre Ansprechpartnerin für Geistiges Eigentum  
Per proprietà intellettuale  
a.bonacina@dolce.de

## ERBRECHT

### Neu - Aussetzung der Erbschaft gemäß Artikel 463bis des Codice Civile und andere Vorschriften zugunsten von Waisenkindern mit Hintergrund der häuslichen Gewalt.

Neue Rechtsvorschriften im Erbrecht oder gar neue Institute sind selten zu vermelden. In diesem Fall wurde der Gesetzgeber leider durch die häufigen und blutigen Tötungsdelikte zwischen Ehepartnern und Familienmitgliedern, denen eine große mediale Aufmerksamkeit zuteil wird, zur Intervention gedrängt.

Bekanntlich stellt sich parallel zum Strafverfahren - von den ersten Ermittlungen bis zu den Entscheidungen der Instanzen -, in dem bis zur rechtskräftigen Entscheidung eine Unschuldsvermutung gilt, sofort die Frage der Erbfolge, bei der der Beschuldigte des Todes seines Ehepartners oder eines Elternteils oder Bruders, oft zur Erbfolge seines Opfers gerufen wird und manchmal die tatsächliche Verwaltung des Vermögens übernimmt, wenn er mit minderjährigen Kindern konkurriert.

Der neue Art. 463bis cc (eingeführt durch Art. 5 Gesetz Nr. 4/2018) sieht nun vor, dass der Ehepartner, auch wenn das Paar getrennt war, oder der (eingetragene) Lebenspartner, der des vorsätzlichen Totschlags oder versuchten Totschlags an dem anderen Ehepartner oder (eingetragenen) Lebenspartner verdächtigt wird, von der Erbfolge suspendiert wird, bis die Ermittlungen endgültig eingestellt werden oder der rechtskräftige Freispruch ergeht.

In diesem Fall wird ein Verwalter für den verbleibenden Nachlass bestellt.

Im Falle einer endgültigen strafrechtlichen Verurteilung wird der Ausschluss des Täters aus der Erbfolge wegen Unwürdigkeit ex 463 cc erklärt. Es ist hier hervorzuheben, dass es sich um eine Maßnahme des Strafrichters handelt, die im Strafurteil von Amts wegen und nicht auf Antrag der Partei ausgesprochen wird.

Miterben oder Personen, die die Erben ersetzen sollen, müssen daher keine zivilrechtlichen Schritte mehr unternehmen, um eine Feststellung der Erbunwürdigkeit zu erreichen.

Der Verweis auf den Tötungsversuch scheint sich auf die Fälle zu beziehen, in denen der Tod des Ehepartners aus Gründen, die nichts mit dem Straftat zu tun haben, während der andauernden Ermittlungen eintritt. Die Bezugnahme auf die zivilen Lebenspartnerschaften, die über kein wechselseitiges gesetzliches Erbrecht verfügen, bezieht sich auf Fälle der testamentarischen Erbeinsetzung.

Die Vorschriften gelten auch bei vorsätzlichen Tötungsdelikten (auch Versuch), die zum Nachteil der Eltern und Geschwister erfolgt sind.

Im Falle einer Anklage wird in Art. 7 auch die Aussetzung der Hinterbliebenenrente vorgesehen, die minderjährigen oder wirtschaftlich abhängigen Kindern zugute kommt. Schließlich erlaubt Art. 13 dem Kind des Opfers, den Nachnamen seines Vaters durch den seiner Mutter zu ersetzen, um ihm zu helfen, das Geschehene zu überwinden, insbesondere in Fällen großer medialer Resonanz.

### EU-Gerichtshof: In Erbschaftssachen ist das Gericht des gewöhnlichen Aufenthalts des Ver-

### storbenen auch bei der Ausstellung nationaler Erbscheine ausschließlich zuständig

Dem EuGH wurde die Frage vorgelegt, ob das deutsche Gericht für die Erteilung eines Erbscheins über die in Deutschland befindlichen Vermögenswerte (§ 105 FamFG) zuständig ist, auch wenn der Erblasser zum Zeitpunkt seines Todes seinen gewöhnlichen Aufenthalt nicht in diesem Mitgliedstaat hatte. Es stellte sich die Frage, ob die deutsche Vorschrift mit Art. 4 der Verordnung Nr. 650/2012, die die Zuständigkeit des Gerichts des Wohnortes festlegt, vereinbar ist.

Der Fall wurde kontrovers diskutiert, sowohl weil das Verfahren zur Erteilung eines Erbscheins in Deutschland ein Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit ist, das nicht zu einer rechtskräftigen Entscheidung führt, als auch weil die EU-Verordnung ausdrücklich keine nationalen Erbscheine berührt.

Der Gerichtshof (Urteil vom 21.06.2018, C-20/17 - Oberle) hat jedoch die Notwendigkeit erkannt, die Verwendung des Europäischen Nachlasszeugnisses für die Regelung internationaler Erbfolgen zu fördern und widersprüchliche Entscheidungen und Maßnahmen zu vermeiden.

Der EuGH hat europäisch entschieden: Hatte der Verstorbene seinen gewöhnlichen Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat, z.B. Italien, müssen die Erben, die sich vor einer deutschen Bank oder dem deutschen Grundbuch legitimieren müssen, die Erbscheine in Form eines Europäischen Nachlasszeugnisses in Italien beantragen und können nicht mehr bei einem deutschen Gericht einen auf deutsches Vermögen beschränkten Erbschein beantragen. AC

## NEUES AUS EUROPA

### EuGH: Urteile in Zukunft anonymisiert

Bei uns Juristen hat der Fußballer Jean Marc Bosman den gleichen Bekanntheitsgrad wie Messi oder Ronaldo. Sein EuGH-Urteil hat den Fußballmarkt revolutioniert. Im Zuge des europäischen Datenschutzrechts wird es in Zukunft aber keine mehr nach den Parteien benannten EuGH-Urteile geben. Die Studenten werden sich Zahlen statt Namen merken müssen.

### Entsenderichtlinie verabschiedet

Der europäische Rat hat am 21.6.2018 die Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen angenommen. Ab Mitte 2020 werden entsandte Arbeitnehmer den gleichen Lohn erhalten wie die Kollegen am Ort. Sie werden von allen örtlichen Tarifverträgen profitieren und die am Arbeitsort geltenden Sonderleistungen (Schichtzuschläge, Überstunden etc.) beanspruchen können. Die maximale Entsendungsdauer wird zwölf Monate betragen und kann bei

bestimmten Gründen um sechs Monate verlängert werden.

### Anerkennung der Berufsqualifikation innerhalb Europas unzureichend

Wie die NJW berichtet (NJW-aktuell, 32/18, S.7) hat die Kommission 27 (!) Mitgliedsstaaten abgemahnt, da diese die Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen unzureichend umgesetzt haben. Nur ein Staat hat bislang alles richtig gemacht: Litauen!

### Neue europäische Vorschriften über die Regelung des ehelichen Güterstands internationaler Ehepaare

Am 29.01.2019 treten zwei neue EU-Verordnungen (2016/1103 und 2016/1104) über den ehelichen Güterstand verheirateter internationaler Paare oder eingetragener internationaler Lebenspartnerschaften in Kraft. Die mit diesen Verordnungen neu eingeführten Regeln sind auf rund 16 Millionen

internationale Paare im europäischen Raum anwendbar.

Die EU-Vorschriften gelten nur für die 18 Mitgliedstaaten, die der verstärkten Zusammenarbeit der EU zugestimmt haben, einschließlich Italien und Deutschland, und sie ergänzen die EU-Regelungen in Familien- und Nachfolgefragen.

Die Verordnungen gelten für die zivilrechtlichen Aspekte der Güterregelung neuer Paare, sowohl für die laufende Verwaltung der Güter als auch für die Liquidation des Vermögens nach Trennung und/oder Scheidung/nach Auflösung der eingetragenen Lebenspartnerschaft oder nach dem Tod eines Ehepartners/eingetragenen Lebenspartners.

Vom Anwendungsbereich der Vorschriften sind Steuer-, Zoll- und Verwaltungsaspekte ausgenommen.

In den nächsten Mandantenbriefen werden wir näher auf das Thema eingehen.

## DIRITTO DELLE SUCCESSIONI

### Novità - Sospensione della successione ex art. 463 bis c.c. e altre disposizioni in favore degli orfani di crimini domestici.

Non è frequente poter segnalare novità legislative relative al diritto delle successioni, o addirittura nuovi istituti. In questo caso il legislatore è stato purtroppo spinto a intervenire dai frequenti e cruenti omicidi di tra coniugi e all'interno di famiglie, cui è stato dato grande rilievo mediatico.

Come noto, parallelamente alla vicenda penale, con i suoi tempi di indagine e eventuali gradi di giudizio, orientati dalla presunzione di innocenza sino alla condanna definitiva, si apre immediatamente la questione successoria, che vedeva l'indagato della morte del coniuge, o di un genitore o fratello, spesso chiamato alla successione della sua vittima, assieme talvolta di fatto l'amministrazione dei beni, se concorreva con figli minori.

Il nuovo art. 463 bis cc (introdotto dall'art. 5 legge n. 4/2018) prevede invece ora che siano sospesi dalla successione il coniuge, anche separato, o la parte dell'unione civile indagati per omicidio volontario o tentato dell'altro coniuge o dell'altra parte dell'unione civile, sino all'archiviazione delle indagini o alla sentenza definitiva di proscioglimento.

In tal caso viene nominato un curatore dell'eredità giacente.

In caso infine di condanna definitiva penale, viene dichiarata l'esclusione del reo dalla successione per

indegnità ex 463 cc. È importante rilevare che si tratta di un provvedimento del giudice penale, pronunciato d'ufficio nella sentenza penale e non su richiesta di parte.

I coeredi o i chiamati in sostituzione non dovranno quindi più agire in giudizio civilmente per ottenere una sentenza di indegnità contro l'omicida.

Il riferimento all'omicidio tentato pare doversi interpretare come diretto alle fattispecie in cui il decesso del coniuge avvenga durante le indagini, per causa non collegata al tentativo di omicidio. In riferimento alle unioni civili, le cui parti come noto non hanno diritti successori ex lege, l'istituto della sospensione opererà in caso di istituzione testamentaria.

La disciplina si applica anche in caso di omicidio volontario e tentato omicidio di genitori, fratelli e sorelle.

In caso di rinvio a giudizio è inoltre prevista (art.7) la sospensione dalla pensione di reversibilità, che andrà a favore dei figli minorenni o non economicamente autosufficienti della vittima.

Infine l'art. 13 permette al figlio della vittima dell'omicidio di sostituire il cognome paterno con quello materno, per aiutarlo a superare l'accaduto specialmente in ipotesi di grande rilievo mediatico.

### Corte di Giustizia EU: in materia ereditaria vige competenza esclusiva del giudice della residen-

### za abituale del de cuius anche per emissione certificati ereditari nazionali

La Corte di Giustizia delle EU è stata chiamata a decidere se la normativa tedesca (§ 105 FamFG) da cui si desumeva la competenza del giudice tedesco per l'emissione di un certificato ereditario nazionale (Erbschein), pur limitato ai beni siti in Germania, nel caso si trattasse di successione di persona con residenza abituale in un altro Stato dell'UE, fosse compatibile con la previsione (art. 4) del Regolamento UE sulle successioni che fissa la competenza del giudice di tale paese in materia successoria. La questione era dibattuta, sia perché il procedimento per emissione di un certificato ereditario in Germania è un procedimento di volontaria giurisdizione che non sfocia in una decisione giudiziaria che passa in giudicato, sia perché il Regolamento UE fa espressamente salvi i certificati di successione nazionali.

Tuttavia la Corte (sentenza del 21.06.2018, C-20/17 – Oberle), ha ritenuto prevalente l'esigenza di favorire l'utilizzazione del Certificato successorio Europeo per la definizione di successioni internazionali e di evitare decisioni e provvedimenti contrastanti.

In conclusione, se il de cuius aveva la propria residenza abituale in un altro Stato membro, per es. Italia, gli eredi che dovessero legittimarsi di fronte ad un istituto bancario tedesco o al libro fondiario tedesco, dovranno richiedere il Certificato successorio in Italia e non potranno più rivolgersi ad un giudice tedesco per richiedere un Erbschein limitato al patrimonio tedesco. AC

## ULTIME DALL'EUROPA

### Corte di Giustizia UE (CGUE): le sentenze in futuro verranno anonimizzate

Tra noi giuristi il giocatore di calcio Jean Marc Bosman vanta un grado di popolarità pari a Messi o Ronaldo. La sua sentenza della CGUE ha rivoluzionato il mercato calcistico. In forza del diritto europeo sulla protezione dei dati in futuro non esisteranno più sentenze della CGUE con l'indicazione dei nomi delle parti. Gli studenti dovranno tenere a mente numeri anziché nomi.

### Adottata nuova direttiva sul distacco

Il Consiglio Europeo ha adottato il 21.6.2018 la direttiva relativa al distacco dei lavoratori nell'ambito della prestazione di servizi. A partire dalla seconda metà del 2020 i lavoratori distaccati riceveranno lo stesso stipendio dei loro colleghi in loco. Potranno godere dello stesso trattamento sindacale e delle prestazioni speciali (maggiorazione per lavoro notturno o straordinario) applicati nel luogo del distacco. La durata massima del periodo di distacco

ammonterà a dodici mesi e potrà essere prolungato di ulteriori sei mesi in determinati casi.

### Insufficiente riconoscimento delle qualifiche professionali in ambito europeo

Come riportato dalla rivista giuridica NJW (NJW-aktuell, 32/18, S.7) la commissione ha sollecitato 27 (!) Stati membri per l'insufficiente ricezione della direttiva relativa al riconoscimento delle qualifiche professionali. Solo uno Stato è completamente in regola: la Lituania!

### Nuovi regolamenti europei sul regime patrimoniale delle coppie internazionali

A partire dal 29.01.2019 entreranno in vigore due nuovi regolamenti UE (2016/1103 e 2016/1104) sul regime patrimoniale delle coppie internazionali sposate o registrate. Le nuove regole introdotte dai regolamenti citati coinvolgeranno potenzialmente nell'area europea circa 16 milioni di coppie internazionali.

I regolamenti UE si applicheranno solamente tra i 18 Stati membri che hanno aderito alla cooperazione rafforzata UE, tra cui l'Italia e la Germania, e completeranno la regolamentazione europea in materia di famiglia e successioni.

I regolamenti sono applicabili agli aspetti di diritto civile dei regimi patrimoniali delle nuove coppie, tanto la gestione quotidiana dei beni quanto la liquidazione del regime patrimoniale in seguito a separazione e/o divorzio, o scioglimento dell'unione civile, o morte di un coniuge/partner. Rimangono esclusi nell'ambito di applicazione dei regolamenti gli aspetti fiscali, doganali e amministrativi. Nelle prossime Newsletter approfondiremo l'argomento.





## FAMILIENRECHT

### Nachehelicher Unterhalt: Wiederherstellung der Gerechtigkeit

Der Kassationshof hat mit Urteil der vereinigten Senate Nr. 18287/2018 vom 11.07.2018 die zum Thema Scheidungsunterhalt im letzten Jahr entstandene Unsicherheit in der Rechtsprechung (über die wir unsere Leser bereits in früheren Ausgaben des Mandantenbriefs informiert hatten) beseitigt. Es hat die Bedingungen und Kriterien für die Anerkennung des nachehelichen Unterhalts festgehalten, eine Neuinterpretation des Scheidungsrechts und insbesondere des Artikels 5 des Gesetzes Nr. 898/1970 vorgegeben.

Die Feststellung eines nachehelichen Unterhalts zugunsten des ehemaligen Ehegatten bemisst sich anhand mehrerer zusammenwirkender Faktoren, die die wirtschaftlichen Bedingungen der einzelnen Ehegatten und den Beitrag des ehemaligen Ehegatten zur Bildung des gemeinsamen Vermögens sowie des persönlichen Vermögens des anderen Ehegatten berücksichtigen. Der Unterhaltszahlung soll eine Versorgungsfunktion zugunsten des wirtschaftlich schwächeren Ehegatten, eine Ausgleichsfunktion zur Beseitigung und Verringerung der Einkommensunterschiede zwischen den Ehegatten und eine Gleichstellungsfunktion in Bezug auf den persönlichen Beitrag zur Familie, zum Familienvermögen und zum persönlichen Vermögen des anderen Ehegatten zukommen. Daher wird der nacheheliche Unterhalt dem wirtschaftlich schwächeren Ehepartner gewährt,

der durch eigene Opfer und Einsatz zur Bildung des Familienvermögens, aber auch zum Vermögen des anderen Ehepartners beigetragen hat.

Auf diese Weise werden für den schwächeren Ehepartner auch nach der Auflösung der Ehe die Grundsätze der Würde und Solidarität gewahrt.

Die neuen Kriterien der Vereinigten Senate, deren Festlegung längst überfällig war, berücksichtigen nicht nur den Beitrag des Ehepartners zur Entstehung des Vermögens, sondern auch das Arbeitspotenzial und das Alter des berechtigten Ehepartners.

Die neue Funktion des nachehelichen Unterhalts geht endgültig über das bisherige Konzept hinaus (das bereits durch das Urteil des Kassationshofes Nr. 1154/2017 aufgehoben wurde), das durch den Unterhalt dem geschiedenen Ehepartner ermöglichen sollte, den während der Ehe genossenen Lebensstandard wiederherzustellen. Darüber hinaus ist die Anerkennung des Unterhalts nicht mehr davon abhängig, dass der Bedarf des schwächeren Ehepartners festgestellt wird.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der schwächere Ehepartner durch das Kassationsurteil vor allem in den Ehen, die durch eine deutlich unterschiedliche Wirtschafts- und Einkommenssituation zwischen den Ehepartnern gekennzeichnet sind, die sich im Verlauf der Ehezeit aufgrund von Entscheidungen zur Organisation des Familienlebens ergeben haben, einen größeren Schutz erhält.

### Der Minderjährige schreibt dem Gericht die Sorgeregelung vor

Ein 15-jähriger schreibt einen Brief an den Richter, in dem er den Inhalt des Scheidungsurteils seiner Eltern vorschlägt.

So geschah es im November 2018 in Florenz. Der Junge schrieb an den Richter, der über die Scheidung zwischen Vater und Mutter zu entscheiden hatte, und erklärte, dass „sein Leben so wie es ist, gut organisiert ist, eine Woche mit dem Vater und eine Woche mit der Mutter und dass er mit dem Wechsel gut zurecht kommt.“

Der Junge teilte dem Richter seine Absichten, seine Wünsche, seine legitimen Erwartungen mit und wurde vom Gericht angehört.

Das Gericht von Florenz hat seine Reife und seine genauen Vorstellungen zur Kenntnis genommen und ihn zufrieden gestellt, so dass ein heftiger Streit zwischen den Eltern beendet werden konnte. Das Gericht hat zugunsten des Kindes die Möglichkeit eingeräumt, mit jedem Elternteil durch wechselnden Aufenthalt (in Deutschland sog. Wechselmodell) weiter aufzuwachsen, so wie vom Kind selbst gewünscht und vorgeschlagen.

Die Initiative des Kindes ist nichts anderes als eine praktische Anwendung des Grundrechts, das Kind in einem ihn betreffenden Verfahren anzuhören. VR

## DOLCE · LAUDA WHO DOES WHAT

Schiedsgerichtsbarkeit, Berufsrecht	Lauda
Handelsrecht, Gesellschaftsrecht, Arbeitsrecht	Dolce
Internationales Privat- und Prozessrecht, Erbrecht	Castelli
Vertragsrecht, Schadensrecht, Mediation	Dangel
Immobilienrecht	Gelardi
Wettbewerbsrecht und Mietrecht	Nguyen
CISG/Schiedsgerichtsbarkeit/Forderungseinzug	Havemann
Kollektives und Individualarbeitsrecht	Hermann
Sportrecht, Schadensrecht	Malossi
Internationales Privatrecht und Familienrecht	Ramon
Transport- und Versicherungsrecht	Bacci
Steuerrecht, Gesellschafts- und Vertriebsrecht	Cordella
Arbeitsrecht	De Luca
Wettbewerbsrecht, Geistiges Eigentum	Bauer
Geistiges Eigentum	Bonacina

## WETTBEWERBSRECHT

### Werbblocker-Software zulässig

Seit vielen Jahren können Internetnutzer, die sich von der Werbung in Internetangeboten gestört fühlen, eine Software erwerben, die gerade diese Werbung unterdrückt. Die werbenden Unternehmen hielten dieser Software für wettbewerbswidrig, insbesondere weil Unternehmen, die dafür zahlten, von der Unterdrückung ausgenommen wurden. Der BGH (19.04.2018, I ZR 154/16) teilt diese Auffassung nicht und hält eine solche Software nicht für eine aggressive geschäftliche Handlung im Sinne des § 4a I UWG - obwohl sich der Laie denken mag: das grenzt doch an Erpressung!

### Lauterer Wettbewerb durch Ex-Gesellschafter einer SAS

Wie das Oberlandesgericht Brescia (Urteil Nr. 1213/2017) entschieden hat, liegt ein Fall von unlauterem Wettbewerb nicht vor, wenn ein ehemaliger Gesellschafter einer einfachen italienischen Personengesellschaft eine Wettbewerbstätigkeit aufnimmt und Akquisitionsschreiben an die alten Kunden der Gesellschaft sendet. Dies ist insbesondere dann (nicht) der Fall, wenn er die Kun-

denakten noch „im Kopf“ haben konnte und keine Speichermedien oder technischen Hilfsmittel seiner alten Gesellschaft nutzt.

### Italian Sounding

Italian Sounding e.V., ist ein von italienischen Unternehmensvereinigungen (u.a. den beiden italienischen Handelskammern in Deutschland, Confagricoltura, Unioncamere, etc.) gegründeter Verband, der den in Deutschland ausufernden Missbrauch italienisierender Bezeichnungen zur Förderung von nichtitalienischen Erzeugnissen im Lebensmittelhandel und in der Gastronomie, aber auch in anderen Bereichen wie in Mode und Design, bekämpft. Die Grenzen zwischen verwirrenden, aber rechtlich noch zulässigen Bezeichnungen und UWG Verstößen sind fließend. Ist allein der Gebrauch der italienischen Flagge auf einer Nudelpackung zulässig, wenn gleichzeitig der Herkunftsort (Rumänien) deutlich hervorgehoben wird?

Der Verband hat auf seiner Internetseite einige Beispiele veröffentlicht und steht unter [www.italian-sounding.de](http://www.italian-sounding.de) allen Interessierten zur Verfügung.

## DIRITTO DI FAMIGLIA

### Assegno di divorzio: Ripristino della giustizia

La Cassazione a Sezioni Unite con sentenza n. 18287/2018 del 11.07.2018 ha posto fine al contrasto giurisprudenziale, che si era creato nell'ultimo anno in tema di assegno „divorzile“ (di cui avevamo già informato i nostri lettori nei precedenti numeri della nostra lettera ai clienti) definendo i presupposti e i criteri per il riconoscimento dell'assegno, offrendo una nuova lettura della legge sul divorzio ed in particolare dell'articolo 5 della legge n. 898/1970.

Ai fini del riconoscimento dell'assegno divorziale in favore dell'ex coniuge deve essere adottata una valutazione fondata su un criterio composto che prende in considerazione le condizioni economico-patrimoniali dei singoli coniugi ma anche il contributo fornito dall'ex coniuge alla formazione del patrimonio comune e di quello personale dell'altro coniuge. L'assegno dovrà avere funzione assistenziale per tutelare il coniuge economicamente più debole, funzione compensativa per eliminare e ridurre la differenza di reddito tra i coniugi e funzione perequativa in relazione al contributo personale apportato alla famiglia, al patrimonio familiare e a quello personale dell'altro coniuge. Pertanto verrà riconosciuto il diritto all'assegno „divorzile“ a quel coniuge, economicamente più debole, che ha contribuito, attraverso sacrifici e dedizione alla formazione del patrimonio familiare, alla ricchezza dell'altro coniuge.

In questo modo verranno riconosciuti al coniuge più debole i principi di dignità e di solidarietà anche dopo lo scioglimento del matrimonio.

I nuovi criteri fissati dalle Sezioni Unite, il cui intervento era molto atteso, tengono conto oltre che del contributo apportato dal coniuge alla formazione del patrimonio, anche delle potenzialità lavorative e dell'età del coniuge avente diritto.

La nuova funzione dell'assegno „divorzile“ supera definitivamente il concetto precedente (già ribaltato con la sentenza della Cassazione n. 1154/2017) per cui l'assegno doveva consentire al coniuge il ripristino del tenore di vita goduto in costanza di matrimonio. Altresì il riconoscimento del diritto al mantenimento non è più condizionato all'accertamento dello stato di bisogno del coniuge più debole.

In sintesi si può affermare che, attraverso la sentenza in esame, il coniuge più debole acquista maggiore protezione soprattutto in quei casi caratterizzati da una situazione economica e reddituale tra i coniugi notevolmente differente - voluta e/o creata durante il matrimonio in forza di decisioni assunte dei coniugi per la conduzione e l'organizzazione della vita familiare -.

### Il minore scrive al tribunale e anticipa la sentenza di affidamento

Un quindicenne scrive una lettera al giudice suggerendogli la sentenza di divorzio dei genitori.

È successo a Firenze a novembre 2018. Il ragazzino ha scritto al giudice, chiamato a decidere sul divorzio tra il papà e la mamma, spiegando che „la sua vita è organizzata bene così, una settimana col papà e una settimana con la mamma e che si trova bene negli spostamenti“.

Il ragazzo ha inoltre fatto conoscere al giudice le sue intenzioni, i suoi desideri, le sue legittime aspettative ed è stato ascoltato dal tribunale.

Il Tribunale di Firenze ha preso atto della sua maturità e delle sue precise idee e lo ha accontentato, definendo così un burrascoso procedimento tra i genitori. Sul punto il tribunale ha riconosciuto in favore del figlio la possibilità di continuare a crescere insieme a ciascun genitore, mediante l'affidamento alternato (in Germania, detto Wechselmodell), voluto e suggerito dal minore stesso. VR

## CONCORRENZA SLEALE

### Lecito il software che blocca gli annunci

Per molti anni, gli utenti di Internet che si sentivano disturbati dalla pubblicità sui siti Internet, potevano acquistare un software che la sopprimeva. Le aziende pubblicitarie consideravano questo software anti-concorrenziale, in particolare perché le aziende che pagavano, venivano esentate dalla soppressione. Il BGH (19.04.2018, I ZR 154/16) non condivide però questa opinione e non considera tale software come un atto commerciale aggressivo ai sensi del § 4 a I UWG - sebbene il profano potrebbe pensare: rasenta il ricatto!

### Concorrenza leale da parte dell'ex azionista di una SAS

La corte d'appello di Brescia (sentenza n. 1213/2017) ha deciso che non si configura un caso di concorrenza sleale quando un ex socio di una semplice società di persone italiana inizia un'attività concorrenziale e invia lettere di acquisizione ai vecchi clienti dell'impresa. Questo (non) è il caso, in particolare, se egli non utilizza alcun supporto di memorizzazione o ausili tecnici della sua vecchia

azienda, ma semplicemente ha ancora „in testa“ i dati del cliente.

### Italian Sounding

Italian Sounding e.V. è un'associazione fondata da associazioni imprenditoriali italiane (tra cui le due Camere di Commercio italiane in Germania, Confagricoltura, Unioncamere, ecc.), che combatte in Germania l'abuso delle denominazioni italianizzanti, per valorizzare i prodotti non italiani del commercio alimentare e della gastronomia, ma anche in altri settori come la moda e il design.

Su questi ultimi sono flessibili i confini tra denominazioni confuse, ma legalmente ammesse, e le violazioni della UWG. L'uso della bandiera italiana su una confezione di pasta è consentito solo se il luogo di origine (Romania) è chiaramente contrassegnato?

L'associazione ha pubblicato una serie di esempi sul proprio sito web, che sono a disposizione per tutti gli interessati all'indirizzo [www.italian-sounding.de](http://www.italian-sounding.de)

## DOLCE · LAUDA WHO DOES WHAT

Arbitrati, diritto delle professioni	Lauda
Commerciale, societario e lavoro	Dolce
Internazionale privato e processuale, successioni	Castelli
Contrattuale, regol. danni, mediazione	Dangel
Immobiliare	Gelardi
Concorrenza e locazioni	Nguyen
CISG/arbitrati/recupero crediti	Havemann
Lavoro individuale e collettivo	Hermann
Sportivo, regol. danni	Malossi
Internazionale privato e famiglia	Ramon
Trasporti e assicurazioni	Bacci
Tributario, societario e distribuzione	Cordella
Lavoro	De Luca
Concorrenza, proprietà intellettuale	Bauer
Proprietà intellettuale	Bonacina

## PUBBLICAZIONI

1. Dolce/Corradini, Formularbuch für den Handelsverkehr Deutschland-Italien, zweisprachige Sammlung der in Deutschland gebräuchlichsten Vertragsmuster mit Anmerkungen und Erläuterungen, 2004, 2. Auflage, Giuffrè Editore/ C.H.Beck, gebunden, 653 Seiten (deutsch/Italienisch) 2. Dolce/Lösch, Immobilienerwerb in Italien, Ein kleiner Leitfaden für die Praxis mit den wichtigsten gesetzlichen Grundlagen, aus: Jahrbuch für das italienische Recht, Band 6, C.F. Müller Verlag, 1993, (Aufsatz über 20 Seiten) über das Büro beziehbar (deutsch) 3. Dolce, Zu den Auswirkungen unterschiedlicher Rechtssysteme auf die deutsch/italienischen Wirtschaftskommunikation, (Gastvorlesung in der Universität Jena), in: Cross Culture - Interkulturelles Handeln in der Wirtschaft, Hrsg. Jürgen Bolten, Verlag Wissenschaft und Praxis, 1995 (deutsch) 4. Nguyen, Praktischer Leitfaden zur Vollstreckung italienischer Urteile in Deutschland (Vortrag in der Anwaltskammer in Verona im März 1996) über das Büro beziehbar (italienisch) 5. Dolce, Le società cooperative in Germania, in: Le Società, n. 12/93 S. 1721ff. (italienisch) 6. Dolce, Principi generali per la costituzione di una società a responsabilità limitata tedesca, in Le Società, nr. 8/94, S. 1143f. (2 Seiten), über das Büro beziehbar (italienisch) 7. Castelli/Dolce in: Existenzgründung in der EU, Hammer (Herausgeber), Bericht Italien, C.M. Beck Verlag dtv/München 1999 8. Gelardi/Dolce, Immobilienverkauf von a-z, in Bellevue, 3/98 9. Dangel, Die Kassationsbeschwerde wegen Internationaler Unzuständigkeit im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in: Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 11. C.F. Müller Verlag 10. Dolce, Corporate Governance, in: Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 11, C.F. Müller Verlag 11. Gelardi/Dolce in: Immobilien Praxis und Recht, 6/98, Immobilienerwerb in Italien 12. Castelli/Dolce/De Capoa in: Förderprogramme für die Geschäftstätigkeit in der Europäischen Union, F.A.Z. Institut für Management-, Markt- und Medieninformation GmbH (Herausgeber), Bericht Italien 13. Dangel, Die Entwicklung der Mobiliarkreditsicherheiten im Italienischen Recht, Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 12, C.F. Müller Verlag 14. Dolce, Italienische Eignungsprüfung für Rechtsanwälte der Europäischen Union und italienisches Landesrecht, BRAK Mitteilungen 4/99 p. 162 ff. 15. Dolce-Gelardi, Immobilienerwerb in Italien, ZfIR, Zeitschrift für Immobilienrecht Heft 11/2000 RWS Verlag 16. André Castelli, Die Umsetzung der Fernabsatzrichtlinien in Italien, Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 13, C.F. Müller 17. Dangel, Geldkreditsicherheiten an Mobilien im italienischen Recht. Eine rechtsvergleichende Untersuchung vor dem Hintergrund der Neuregelung der italienischen gewerblichen Vorzugsrechte und der deutschen Insolvenzrechtsreform, Peter Lang Verlag, 2003 (deutsch) 18. Havemann, Die Einführung der nicht wirtschaftlichen gemeinnützigen Organisation („ONLUS“) im italienischen Recht, in: Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 13, C.F. Müller Verlag, 2000 (deutsch) 19. Dolce, Italien: Erfolgshonorar zugelassen – Gebührenordnung aufgegeben, BRAK-Mitt. 5/2006, S. 203 f., Verlag Dr. Otto Schmidt (deutsch) 20. Castelli, Italien: Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Länderberichte ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, Seite 218/2007 21. Dolce/Molinari Länderbericht Italien, Handbuch des internationalen Stiftungsrechts (Richter/Wachter), Zerb-Verlag, 2007 22. Castelli, Italien: Besteuerung der Errichtung von Trusts, Länderberichte ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, Seite 426, 9/2007 23. Castelli, Italien: Kein Einfluss des Pflichtteilsverzichts auf die Pflichtteilsquote der anderen Berechtigten, Länderberichte ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, Seite 426 f., 9/2007 24. Castelli, Italien: Gesetzentwurf zur Abschaffung der unterschiedlichen Behandlung von ehelichen und unehelichen Kindern 25. Castelli, Italien: Verfassungswidrigkeit des im März 2011 in Kraft getretenen obligatorischen Schlichtungsverfahrens in Erbrechtsstreitigkeiten?, in Länderberichte, ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, 2011, 465 26. Ramon: Länderbericht zum italienischen Scheidungs- und Scheidungsfolgenrecht, FamRBint 2009, S. 65 27. Ramon: Sorgerecht bei nichtehelichen Kindern nach italienischem Recht, FamRBint 4/2009, S. 77 28. Ramon: Bemessung des nahehelichen Unterhalts nach italienischem Recht, FamRBint 2/2010, S. 26 29. Ramon: Unterhalt nach italienischem Recht, FamRBint 1/2012, S. 15 und Scheidung nach italienischem Recht, FamRBint 2/2012, S. 27 30. Castelli, Italien: Einsichtsrecht in die Krankenakte des Erblassers, in Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge 11/2012, S. 587 31. Castelli, Italien: Verfassungswidrigkeit des im März 2011 in Kraft getretenen obligatorischen Schlichtungsverfahrens in Erbrechtsstreitigkeiten?, in Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge 9/2011, S. 465 32. Castelli, Italien: Änderung des Nießbrauchwerts, in Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge 4/2012 33. Castelli, Italien: Vereinfachung der Inventarerrichtung durch unmittelbare Beauftragung des Notars; Italien, Einsichtsrecht in die Krankenakte des Erblassers, ZEV 2012, 587 34. Castelli, Italien: Gesetz zur Abschaffung der unterschiedlichen Behandlung von ehelichen und unehelichen Kindern; Italien, Verfassungswidrigkeit des obligatorischen Schlichtungsverfahrens in Erbrechtsstreitigkeiten, ZEV 2013, 135 35. Dolce, Neues italienisches Berufsrecht, BRAK-Mitteilungen 2013, S. 112 ff. 36. Ramon, Länderbericht Italien, BGB Familienrecht, NomosKommentar in Verbindung mit dem Deutschen Anwaltsverein, Band 4, 3. Auflage, 2014 37. Ramon, Scheidung und Scheidungsfolgenrecht: Länderbericht Italien in Heft 11/2014 des FamRB, S. 432 38. Castelli, Italien: Erleichterungen für Erbschaftsteuerepflichtige, ZEV 3/2015, 155 39. Dolce, in Länderbericht Italien, in Handbuch Immobilienrecht in Europa, Frank/Wachter (Hrsg.) 2., neu bearbeitete Auflage, C. F. Müller, 2015 40. Castelli, Italien: Ausstellung der ENZ durch den Notar, ZEV 575, 2015 41. Castelli, Italien: Bestreiten der Echtheit eines handschriftlichen Testaments, ZEV 575, 2015 42. Castelli, Italien: Erbrecht bei eingetragenen Partnerschaften zwischen gleichgeschlechtlichen Personen, ZEV 496, 2016 43. Dolce/De Luca, Arbeitsrecht in Italien, Springer Verlag, 2016 44. Castelli, Italien: Dekrete zur Umsetzung der Partnerschaftsgesetzes in Kraft, ZEV 199, 2017 45. Castelli, Italien: Kassationshof zur Darlegung und Beweis der Aktivlegitimation von Erben, ZEV 200, 2017 46. Castelli, Italien: Globalbesteuerungsausnahme bei der Erbschaft- und Schenkungssteuer für vermögende (Steuer-) Ausländer, ZEV 568, 2017 47. Castelli, Italien: Neues Gesetz zu Patientenverfügungen, in ZEV 2018, S. 326, Dolce/de Luca Aktuelle Fragen des italienischen Arbeitsrechts, in Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 30, C. F. Müller-Verlag, 2018

## DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI  
Partnerschaftsgesellschaft mbB

[www.dolcelauda.com](http://www.dolcelauda.com)

Arndtstraße 34-36 · D-60325 Frankfurt am Main  
Tel: +49 69 92 07 15-0 · Fax: +49 69 28 98 59  
email: [info@dolce.de](mailto:info@dolce.de)

Via Visconti di Modrone 38 · I-20122 Milano  
Tel: +39 02 76 28 10 29 · Fax: +39 02 78 05 13  
email: [dl.mi@libero.it](mailto:dl.mi@libero.it)

Viale Verdi 15 · I-41121 Modena  
Tel: +39 - 059 - 439 17 37 · Fax: +39 - 059 - 21 95 41  
email: [dl.modena@iol.it](mailto:dl.modena@iol.it)

Fritz-Elsas-Strasse 38 · D-70174 Stuttgart  
Tel: +49 711 67 44 192 · Fax: +49 711 67 44 193  
email: [stuttgart@dolce.de](mailto:stuttgart@dolce.de)

Schwanthalerstraße 102 · D-80336 München  
Tel: +49 89 599 186 26 · Fax: +49 89 599 186 27  
email: [info@dolce.de](mailto:info@dolce.de)

